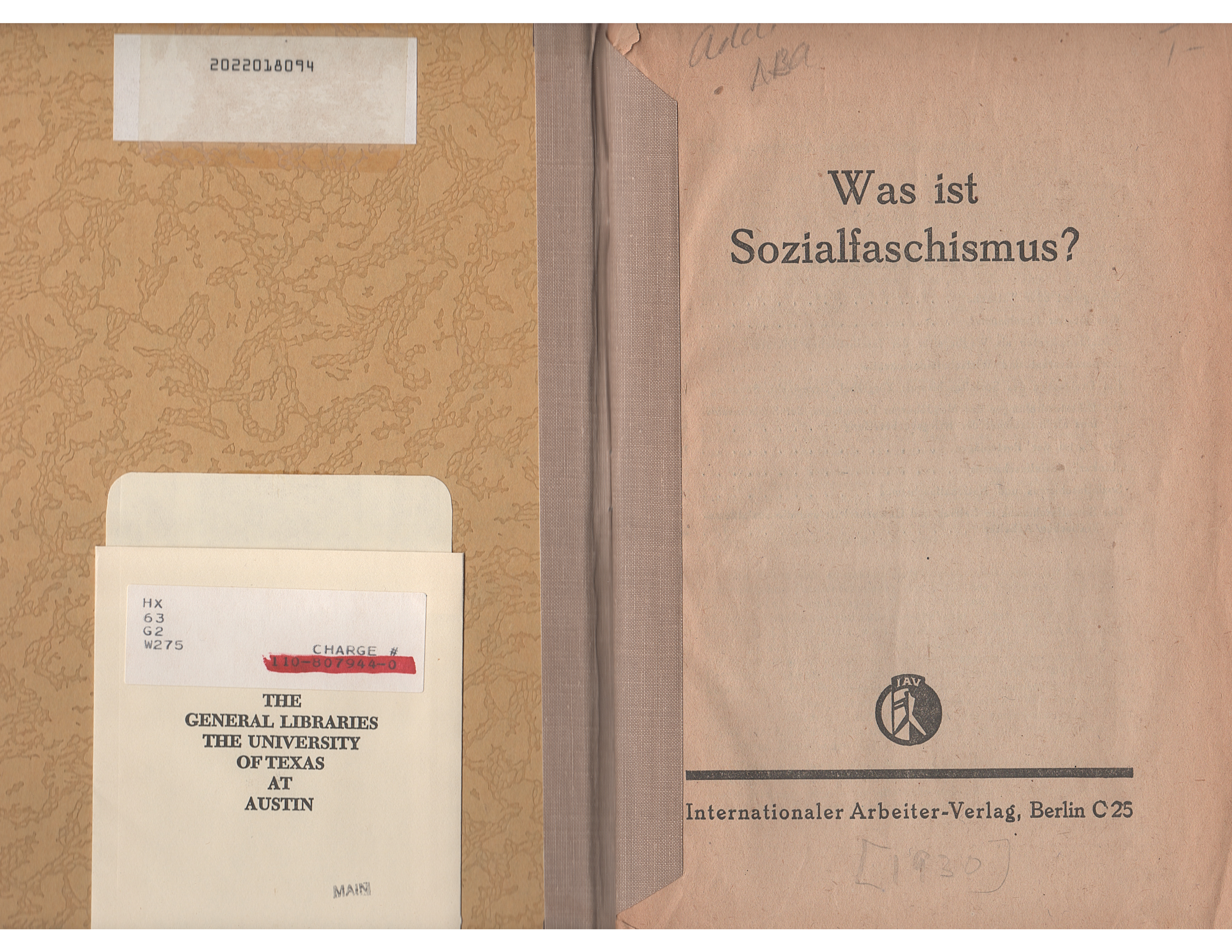


Was ist Sozialfaschismus?

Internationaler Arbeiter-Verlag, Berlin C 25

[1930]

Inhalts-Verzeichnis

Schlagwort oder Tatsache

Am 30. Juni 1929, zwei Monate nach Zörgiebels Maischlächtereien in Berlin, wenige Tage nach dem offenherzigen Diktaturbekenntnis von Wels auf dem Magdeburger Parteitage, schrieb der „Vorwärts" in einem Leitartikel unter dem Titel „Schutz der Republik":

> Man stelle sich einmal vor, die Verteidiger der Republik würden ihre Bemühungen aufgeben, die Sozialdemokratie würde sich auf Passivität und Neutralität zurückziehen. Was wäre die Folge? Die Feinde der Republik von rechts und links, die sich jetzt so schön miteinander vertragen, würden sofort in zwei Heerlagern einander gegenüberstehen, die gewaltsame Auseinandersetzung zwischen Faschisten und Kommunisten würde beginnen. Im Straßenkampf würde entschieden werden, wer in Deutschland regieren soll, und den Sieg würde der Teil davontragen, der den größeren Teil der disziplinierten und geübten Waffenträger auf seine Seite zu bringen vermöchte. Daß dies die Kommunistische Partei wäre, wird auch den meisten Kommunisten recht zweifelhaft sein, aber auch ein vorübergehender Straßensieg dieser Partei müßte angesichts ihrer allgemein anerkannten Unfähigkeit binnen wenigen Tagen mit dem totalen Zusammenbruch enden. Dann wäre für die Diktatur von rechts freie Bahn.
>
> Können wir Sozialdemokraten einer solchen Entwicklung mit den Händen in den Hosentaschen zusehen? Wir wären wirkliche „Arbeiterverräter", wenn wir das täten! Darum müssen wir für die Verteidigung der Republik unsere ganze Kraft einsetzen und dürfen auch nicht vor außerordentlichen Maßnahmen zurückschrecken, wenn sich herausstellt, daß es ohne sie nicht geht.
>
> . . . .
>
> Das Bekenntnis zu solchen Selbstverständlichkeiten hat uns bei den unermüdlichen Parolenschmieden der KPD. den Spitznamen „Sozialfaschisten" eingetragen. Diese Erfindung ist selbst für kommunistische Verhältnisse von außergewöhnlicher Albernheit. Wir Sozialdemokraten sind bewußte und konsequente Antifaschisten, denn nur der Faschismus ist eine wirkliche Gefahr für die Republik, der Kommunismus ist es nur in übertragenem Sinne, weil er dem Faschismus bewußt oder unbewußt Vorschub leistet. Wir sind auch keineswegs „des Parlamentarismus und der Demokratie müde", wie neulich ein Berliner Unternehmerblatt behauptete. Wir sind viel mehr wie nur je überzeugt, daß das System der parlamentarischen Demokratie für den Fortschritt des Sozialismus und der Arbeiterklasse den günstigsten Kampfboden abgibt.
>
> Wenn wir bereit sind, unter außerordentlichen Umständen auch zu außerordentlichen Mitteln zu greifen, so deshalb, weil wir die Demokratie schützen oder — im alleräußersten Falle — sie nach einer vorübergehenden Störung wieder herstellen wollen.

In diesen wenigen Zeilen, in denen sich das Stampfer-Organ gegen den „Spitznamen" Sozialfaschisten wehrt, ist zugleich das ganze Programm des Sozialfaschismus enthalten. Jahrelang versuchten die sozialdemokratischen Führer den Gegensatz zwischen Kommunismus und Sozialdemokratie auf die primitive und verlogene Formel: „Diktatur oder Demokratie" zu bringen. Diktatur, wie sie die Kommunisten propagieren, würde Zerstörung aller Freiheit, Bürgerkrieg, wirtschaftliche Zerrüttung, Not und Elend bringen, die Sozialdemokratie aber werde die Arbeiterklasse auf dem Wege der Demokratie zwar langsam, aber sicher zum Sozialismus und zum Weltfrieden führen.

Während Marx gelehrt hat, daß die proletarische Diktatur für eine ganze Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Kommunismus notwendig ist, erklärten sozialdemokratische Theoretiker, wie Kautsky, daß die neuere Entwicklung der Demokratie dies „Wörtchen" von der Diktatur des Proletariats bereits überholt habe. Als grundsätzliche Gegner der proletarischen Diktatur, als prinzipielle Anhänger einer „reinen Demokratie" traten die sozialdemokratischen Führer überall dem revolutionären Proletariat entgegen, als es in der unmittelbar revolutionären Krise der Nachkriegszeit den Kampf um die Macht aufnahm.

Nun aber hören wir eine neue Lehre. Zwar heißt es nach wie vor, daß „das System der parlamentarischen Demokratie für den Fortschritt des Sozialismus und der Arbeiterklasse den günstigsten Kampfboden abgibt", aber zugleich erklärt die Sozialdemokratie durch ihr Zentralorgan ihre Bereitschaft, „unter außerordentlichen Umständen auch zu außerordentlichen Mitteln zu greifen". Und Wels, der Parteivorsitzende der SPD., hat noch offener davon gesprochen, daß niemand anders als die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften das Recht hätten, die Diktatur in Deutschland auszuüben, falls die Demokratie zerstört würde.

Die Sozialdemokratie kann also ihre Theorie der grundsätzlichen Ablehnung der Diktatur nicht mehr aufrechterhalten. Sie ist nur nach wie vor eine grundsätzliche Gegnerin der proletarischen Diktatur, des einzigen Weges zum Sozialismus. Sie erklärt sich gegen eine von den Kommunisten geführte proletarische Diktatur mit der lächerlichen Begründung, daß die Kommunistische Partei unfähig wäre, die Macht zu behaupten und darum für die faschistische Diktatur den Weg bereiten würde. Dieses Argument konnte noch mit einem Schein von Überzeugungskraft im Jahre 1917 vor der siegreichen Oktober-Revolution in Rußland ängstlichen Gemütern plausibel gemacht werden. Auch damals unkte der ganze Chor der reaktionären Propheten, von den Monarchisten bis zu den Menschewisten: die Bolschewiki sollten doch nur versuchen, die Macht zu übernehmen, sie würden sie doch nicht drei Tage lang behalten können. Seither haben die Bolschewiki die proletarische Diktatur zwölf Jahre lang behauptet, ausgebaut und gefestigt. Die Sowjetunion ist das einzige Land, wo von einer faschistischen Gefahr, von der Gefahr des Sieges der Konterrevolution nicht die Rede sein kann.

In Deutschland sind wir nach elf Jahren glorreicher Herrschaft der bürgerlichen Demokratie unter sozialdemokratischer Führung so weit, daß die Sozialdemokratie selbst von der Gefahr der faschistischen Diktatur Tag für Tag sprechen muß und gegen diese Gefahr als letztes Hilfsmittel nichts anderes anzupreisen weiß als ihre eigene Diktatur, die Diktatur der Severing, Grzesinski, Zörgiebel, Hörsing und Ko.

Die sozialdemokratischen Führer haben zeitweise große Teile der Arbeiterschaft von dem Kampfe für die proletarische Diktatur abgeschreckt, indem sie die Opfer, die der Kampf für die Diktatur des Proletariats fordert, schwarz in schwarz malten. Die Kommunisten haben niemals geleugnet, daß der Kampf für die Errichtung und die Behauptung der proletarischen Diktatur vom Proletariat die größte Opferbereitschaft, die größte Kühnheit und Entschlossenheit fordert. Aber es sind Opfer, die notwendig sind, um die sozialistische Gesellschaftsordnung zu verwirklichen, die Gesellschaft, die keine Ausbeutung und Unterdrückung kennen wird, für deren Verwirklichung die Besten der Arbeiterklasse seit Jahrzehnten ihr Leben eingesetzt haben.

Die Sozialdemokratie bekämpft nach wie vor mit allen Mitteln die Diktatur des Proletariats, den einzig möglichen Weg zum Sozialismus. Aber sie empfiehlt ihre eigene Diktatur als einen notwendigen Übergangszustand, wozu? Nicht etwa zum Sozialismus, sondern zur Wiederherstellung jener bürgerlichen Demokratie, deren Herrlichkeiten das deutsche Proletariat seit elf Jahren genießt.

Wodurch würde sich die Diktatur, von der die sozialdemokratischen Führer zu sprechen begonnen haben, die sie in der Tat durch ihre ganze Theorie und Praxis vorbereiten, von jener faschistischen Diktatur unterscheiden, die angeblich durch die sozialdemokratische Diktatur verhindert werden soll? Von der Beantwortung dieser Frage hängt es ab, ob der von uns gebrauchte Ausdruck „Sozialfaschismus" eine Erfindung von „außergewöhnlicher Albernheit" ist, wie Herr Stampfer behauptet, oder die Kennzeichnung einer politischen Tatsache.

Als Marxisten sind wir gewöhnt, gesellschaftliche Erscheinungen nicht nach den Phrasen und Firmenschildern zu beurteilen, mit denen sie angepriesen werden, sondern nach dem Klasseninhalt, der ihre wirkliche Bedeutung bestimmt. Der Faschismus als Bewegung und als Herrschaftssystem entspringt bestimmten Klasseninteressen, stützt sich auf bestimmte Klassenkräfte. Dadurch ist sein politischer Inhalt bestimmt. Stützt sich die Sozialdemokratie in ihrer gegenwärtigen Entwicklungsphase auf andere Klassenkräfte, vertritt sie andere Klasseninteressen als die italienischen Faschisten, die polnischen Pilsudski-Banden, die weißen Henker des Faschismus in Bulgarien, Jugoslawien und Ungarn, die deutschen Arbeitermordtruppen vom Hakenkreuz und vom Stahlhelm?

Wir behaupten, und jeder Tag beweist es, daß die heutige Sozialdemokratie mit ähnlichen Methoden wie alle anderen Truppen des Faschismus, mit einer ähnlichen Ideologie die Interessen derselben Klassen vertritt, die auch sonst vom Faschismus vertreten werden, die Interessen der imperialistischen Bourgeoisie. Darum ist der Ausdruck „Sozialfaschismus" kein Spitzname, sondern eine genaue Kennzeichnung des Wesens des Reformismus in der gegenwärtigen Periode. Sozialfaschismus, das ist Sozialismus in Worten, Faschismus in der Tat. Das ist die These, die wir auf Grund von tausenden Tatsachen jedes Tages beweisen können.

Was ist der Faschismus?

Während die Reformisten besonders in den Jahren 1918 und 1919 den Anbruch eines neuen Zeitalters der Demokratie feierten, erleben wir, wie gerade in den letzten Jahren in einem Lande nach dem anderen die Krise der bürgerlichen Demokratie, des Parlamentarismus, zum Zusammenbruche des ganzen demokratisch-parlamentarischen Systems führt, wie in verschiedenen Formen in den verschiedensten Ländern die nackte faschistische Gewaltherrschaft, der weiße Terror gegen die Arbeiterklasse, triumphiert. In den Ländern, wo formell noch die bürgerliche Demokratie fortvegetiert, wie z. B. in Deutschland, ist doch die Krise dieser Demokratie ein offenes Geheimnis. Überall wird offen über die Unzulänglichkeit des parlamentarischen Systems gesprochen, von allen Seiten ertönt der Ruf nach der starken Staatsgewalt, überall wächst die faschistische Massenbewegung, überall wird die Gewalt des Staatsapparates gegen die arbeitenden Massen verstärkt, überall verschmelzen sich die bürgerlichen Parteien mehr und mehr mit den faschistischen Organisationen.

Es ist klar, daß eine solch allgemeine Entwicklung nicht von der Schlechtigkeit einzelner Menschen, nicht von der „Unreife" dieser oder jener Bevölkerungsschichten, nicht von irgendwelchen äußeren Zufällen abhängen kann. Offenkundig ist es im Wesen der bürgerlichen Gesellschaftsordnung in der gegenwärtigen Periode begründet, daß die bürgerliche Demokratie immer mehr abwirtschaftet und überall dort, wo das Proletariat nicht seine Herrschaft aufrichtet, durch die faschistische Diktatur ersetzt wird.

Wir leben im Zeitalter des Imperialismus, d. h. im Zeitalter der unumschränkten Herrschaft der großen Kapitalsorganisationen, der Banken und Trusts, des zu einer Einheit verschmolzenen Bank- und Industriekapitals, des Finanzkapitals. Während die reformistischen Führer ihre Phrasen von der „Wirtschaftsdemokratie" dreschen, ballt sich die gesamte wirtschaftliche Macht in der Hand einer immer kleiner, aber zugleich mächtiger werdenden Gruppe von Finanzmagnaten zusammen. Wer kann bestreiten, daß heute solche Männer wie Morgan, Owen Young, Duisberg, Siemens, Silverberg usw. tausendmal mehr zu sagen haben, als die Herren Parlamentarier, Minister, Staatspräsidenten und was es noch an Marionetten der Kapitalsdiktatur gibt.

Die wichtigsten Fragen, die über das Leben von Generationen von Menschen entscheiden, werden nicht in den sogenannten Volksvertretungen, in den Parlamenten, gelöst, sondern in den Konventikeln der Industriellen-Verbände, in internationalen Finanzkonferenzen, in Direktions- und Aufsichtsratssitzungen.

Die letzten Ereignisse in Deutschland geben dafür sprechende Beweise. Der Young-Plan, der für drei Generationen die werktätigen Massen Deutschlands an das internationale Kapital verschachert, wurde auf einer Konferenz in Paris festgelegt, wo kein einziger sogenannter gewählter Volksvertreter zugegen war. Die Bank- und Trustdirektoren regelten unter sich das Geschäft, das Millionen Arbeiter und Werktätige mit ihrem Schweiß und Blut bezahlen müssen. Als Vertreter des „deutschen Volkes" erschienen der Herr Reichsbankpräsident Schacht, der Stahlmagnat Vögler, der Bankier Melchior und das Präsidialmitglied des Reichsverbandes der Deutschen Industrie Dr. Kastl. Den Vorsitz führte jener Owen Young, der nicht nur in der amerikanischen Elektroindustrie als Vorsitzender des Aufsichtsrates der General Electric Co. eine beherrschende Stellung einnimmt, sondern durch die Beteiligung an der AEG. auch im Aufsichtsrate der AEG. zu bestimmen hat. Neben ihm vertrat das amerikanische Finanzkapital J. P. Morgan, der Inhaber des größten Neuyorker Bankhauses.

Was die Herren Minister, die mittelbaren Vertreter des Finanzkapitals, auf der Haager Konferenz an der Schöpfung der unmittelbaren Vertreter des Finanzkapitals zu ändern hatten, war sehr unwesentlich. Die Rolle der Parlamente und Regierungen beschränkt sich im allgemeinen darauf, zu dem, was die Finanzgewaltigen der ganzen Welt beschlossen haben, Ja und Amen zu sagen.

Das ist die bürgerliche Demokratie! Wenn die bürgerliche Demokratie niemals etwas anderes gewesen ist, als eine Kulisse zur Verschleierung der Diktatur der Bourgeoisie, so war doch diese Kulisse niemals so fadenscheinig, so durchsichtig wie gegenwärtig. Immer kleiner wird der Kreis der Finanzgewaltigen, die ihre Interessen brutal und rücksichtslos gegen die Massen der Werktätigen durchsetzen. Die bürgerlichen Parteien aber stützen ihre parlamentarische Position auf die Stimmen der Werktätigen, deren Interessen sie Tag für Tag mit Füßen treten. Darum sind endlose Intrigen, Schiebungen, Komödien notwendig, um die Verantwortung der einzelnen bürgerlichen Parteien für die Maßnahmen, die ihre Regierung durchführt, vor den Massen zu verschleiern. Keine Partei will vor den Massen die Verantwortung für die volksfeindlichen Gesetze tragen, die sie alle gemeinsam beschließen und durchführen. Darum ständige Krisen, ständige Konflikte zwischen den Parteien und innerhalb der Parteien und trotzdem massenweise Abwanderung der Wähler von den alten bürgerlichen Parteien.

Die Bourgeoisie sieht den Zeitpunkt herankommen, wo sie mit den alten Mitteln der parlamentarischen Schiebungen, der bürgerlichen Scheindemokratie, die Massen nicht mehr irreführen und niederhalten kann. Darum das krampfhafte Suchen nach neuen Herrschaftsformen. Darum die reaktionäre Ausgestaltung des staatlichen Machtapparates, darum brutale Unterdrückungsmaßnahmen gegen die einzige Arbeiterpartei, die Kommunistische Partei, und gegen alle revolutionären proletarischen Organisationen.

Zugleich aber sieht sich die Bourgeoisie nach neuen Hilfstruppen um, die ihr bei der Niederzwingung der ansteigenden revolutionären Flut helfen sollen. Durch die fortschreitende Krise des kapitalistischen Systems werden zu Tausenden und Hunderttausenden nicht nur Proletarier, sondern auch kleinbürgerliche Existenzen zugrunde gerichtet und ins Elend der Erwerbslosigkeit gestoßen, hunderttausende entlassene Angestellte und Beamte, ruinierte und vom Ruin bedrohte Kleingewerbetreibende, Kaufleute, Handwerker und Bauern, das ist eine Massenarmee von Verzweifelten!

Diese entwurzelten und verzweifelten kleinbürgerlichen Existenzen, die im Bunde mit dem klassenbewußten Proletariat und unter seiner Führung zu einer gewaltigen revolutionären Armee werden können, sind noch mit tausend Fäden mit der alten niedergehenden bürgerlichen Gesellschaft verbunden, die ihr Elend verschuldet. Da sie vielfach in der „guten alten Zeit" vor 1914 bessere Tage erlebt

haben, sehen sie die Ursache ihres Unglücks nicht in dem kapitalistisch-imperialistischen System, das den Weltkrieg und den Zusammenbruch, die Reparationsknechtschaft und die dauernde Krise der deutschen Wirtschaft heraufbeschworen hat, sondern in Republik und Demokratie, in denen gegenwärtig der deutsche Imperialismus seinen politischen Ausdruck findet. Da außerdem die Sozialdemokratie als führende Regierungspartei in der gegenwärtigen Periode der äußersten Verelendung der Massen in erster Linie die Verantwortung für die Verelendungspolitik trägt, wendet sich ihr Haß gegen die sozialdemokratische Politik, die ihnen als „Sozialismus" und „Marxismus" dargestellt wird.

So gelingt es der Bourgeoisie, diese kleinbürgerliche Massenbewegung für ihre reaktionären Zwecke zu mißbrauchen. Die Führer der faschistischen Organisationen sind schon durch die finanzielle Unterstützung des Großkapitals an das Kommando der Bourgeoisie gebunden. In den faschistischen Wehrorganisationen sind alle Kommandoposten von den alten reaktionären wilhelminischen Offizieren besetzt, die absolut zuverlässig im Sinne der Bourgeoisie sind. Und genau so wie in Deutschland hat sich die faschistische Bewegung in anderen Ländern entwickelt als eine Bewegung, die im Dienste der imperialistischen Bourgeoisie unter ihrer Führung steht, aber irregeleitete Massen von Kleinbürgern und Proletariern mit einer sozialen und nationalistischen Demagogie für die Zwecke der imperialistischen Reaktion, für die Umgestaltung des bürgerlichen Staates zu einer noch schärferen Diktatur gegen das Proletariat ausnützt.

Die Diktatur des Finanzkapitals ist eine internationale Erscheinung. Ebenso international ist die Krise des Kapitalismus, die Millionen Existenzen ruiniert und Millionen Proletarier zur Verzweiflung treibt. International ist der Verrat der Sozialdemokratie am Sozialismus, der Hunderttausende, die früher mit dem Sozialismus sympathisierten, ins Lager der Konterrevolution treibt. International ist darum auch die Entwicklung zur faschistischen Diktatur in allen Ländern, wo das Proletariat nicht unter kommunistischer Führung die Bourgeoisie niederschlägt.

Sozialdemokraten als Wegbereiter der faschistischen Diktatur

In dem oben zitierten Artikel erklärt der „Vorwärts" stolz und frech: „Wir Sozialdemokraten sind bewußte und konsequente Antifaschisten."

Bevor wir auf die Rolle der Sozialdemokratie in Deutschland näher eingehen, wollen wir auf die Entwicklung des Reformismus in anderen Ländern, die die Umwandlung zum Faschismus bereits durchgemacht haben, kurz hinweisen. Ein solcher Überblick zeigt am besten, wie es mit dem „konsequenten Antifaschismus" der Reformisten bestellt ist.

In Italien haben die reformistischen Organisationen zwar in der Zeit vor Mussolinis Machtergreifung nicht direkt mit dem Faschismus zusammen gearbeitet. Sie arbeiteten ihm nur indirekt in die Hände, indem sie die Arbeiterschaft vom Kampf um die Macht ab-

hielten, Zersetzung in die Reihen des revolutionären Proletariats hineintrugen, das kämpfende Proletariat in der Zeit des höchsten Aufschwungs der revolutionären Bewegung, bei der Fabrikbesetzung 1920, zum Rückzug veranlaßten. Immerhin hielt es der Faschismus in Italien noch für notwendig, nicht nur gegen die kommunistischen, sondern auch gegen die reformistischen Arbeiterorganisationen vorzugehen. Kaum aber hatte der Faschismus gesiegt, da begannen auch bereits die Anbiederungsversuche von seiten der reformistischen Führer. D'Arragona, der ehemalige Vorsitzende des reformistischen Gewerkschaftsbundes, bot Mussolini seine Hilfe für den Aufbau der faschistischen Gewerkschaften an. Im Januar 1927 erklärte eine Gruppe ehemaliger Führer des italienischen Gewerkschaftsbundes ihr grundsätzliches Einverständnis mit der faschistischen Wirtschaftspolitik. Albert Thomas, der Leiter des Internationalen Arbeitsamtes, fuhr zum Kongreß der faschistischen Gewerkschaften nach Rom und feierte die faschistischen Errungenschaften in einer begeisterten Ansprache. Auch deutsche Sozialdemokraten haben sich gefunden, die den italienischen Faschismus, dieses blutigste Henkerregime gegen die Arbeiterklasse, verherrlichen.

Das Organ des rechtesten Flügels der Sozialdemokratie, die „Sozialistischen Monatshefte", die sich seit Jahrzehnten als Bahnbrecher der reformistischen Praxis betätigen, hat bereits eine Reihe von Artikeln veröffentlicht, die eine direkte Propaganda für den italienischen Faschismus bedeuten. Das ist, nebenbei bemerkt, das Blatt, in dem Severing und ähnliche Regierungsmänner mit Vorliebe ihren literarischen Kohl anbauen. Wir zitieren als Beispiel nur einen Artikel von Walter Pahl aus den „Sozialistischen Monatsheften" vom Juli 1928 über das Thema „Der italienische Faschismus und der internationale Sozialismus". Dort heißt es:

> „Wenn der europäische Parlamentarismus über die faschistische Diktatur zu Gericht sitzen will, dann muß er seine passive Haltung gegenüber der berufsständischen Idee aufgeben und ihr die Möglichkeit geben, sich im eigenen Raum zu verwirklichen. . . . Der Sozialismus insbesondere muß endlich von dem formal-demokratischen Ideal des selbstherrlichen Einkammersystems abkommen und neben das Parlament des allgemeinen Wahlrechts, das geistige Prinzipien verkörpern soll, eine auf organisierte Vertretungskörper der nationalen Produktion sich aufbauende Kammer der Arbeit stellen."

Mit Entrüstung weist dieser „Sozialist" jede Kritik an dem Auftreten von Albert Thomas in Rom zurück und bemerkt dazu:

> „Die Sozialistische Arbeiterinternationale sollte es zu allererst verstehen und begrüßen, daß der sozialistische Direktor des Internationalen Arbeitsamtes sich für alle sozialen Experimente, die mit der Arbeiterklasse zusammenhängen, interessiert.... Denn aus den Aufbauexperimenten des Faschismus können wir Lehren für unsere eigene sozialistische Aufbauarbeit ziehen. Lernen wir von dem Faschismus jedenfalls das eine: Aktivität des Willens!"

In Ungarn hat eine sozialdemokratische Regierung Peyer die Macht aus den Händen des Proletariats in die Hände der weißen Henker Horthys überliefert. Nach den wildesten Orgien des weißen Terrors schlossen die Führer der ungarischen Sozialdemokratie 1921 mit dem Horthy-Minister Bethlen jenen berüchtigten Pakt, durch den die Sozialdemokratie auf jede gegen das Horthy-System gerichtete Propaganda im Ausland, auf die Organisierung der Landarbeiter

und Staatsangestellten verzichtete. Dafür versprach die Regierung Bethlen den Sozialdemokraten freie Betätigung.

Womöglich noch schändlicher war das Verhalten der bulgarischen Sozialdemokratie. Sie beteiligte sich 1923 an dem faschistischen Putsch Zankoffs. Der „Sozialist" Kasasoff saß in der Zankoff-Regierung, die tausende Arbeiter und Bauern niedermetzelte. Nach der Niederwerfung des September-Aufstandes 1923 kandidierte die Sozialdemokratie mit der faschistischen Regierungspartei auf einer gemeinsamen Liste.

In Polen unterstützte die PPS. aktiv den faschistischen Umsturz Pilsudskis. An seiner ersten Regierung nahm der „Sozialist" Moraczewski teil. Später sah sich die Sozialdemokratische Partei unter dem Druck der Massen gezwungen, zu einer parlamentarischen Scheinopposition gegen das Pilsudski-System überzugehen. Dieser Schritt führte zur Spaltung der Partei, da ein Teil der polnischen Sozialdemokraten die offene Zusammenarbeit mit Pilsudski nicht aufgeben wollte. Aber auch jener Teil der polnischen Sozialdemokraten, der Opposition gegen den Faschismus im Parlament markiert, unterstützt die faschistische Diktatur durch den brutalsten und entschiedensten Kampf gegen die revolutionäre Arbeiterschaft, die sich immer mehr dem Kommunismus zuwendet.

Als in Südslawien die faschistische Diktatur des Generals Zivkovic alle Parteien auflöste, veröffentlichte die Sozialistische Partei Jugoslawiens einen weinerlichen Aufruf, der keine einzige Kampfparole gegen den Faschismus enthielt und mit der schönen Phrase schloß:

> „Indem wir die Parteigänger auf die neuen Verhältnisse aufmerksam machen, rufen wir sie auf, den schönen Idealen des Sozialismus treu zu bleiben und in diesen schweren Tagen den festen Glauben in unsere lichte Zukunft zu bewahren."

Den „schönen Idealen des Sozialismus" ist diese Partei unter der faschistischen Diktatur so „treu" geblieben, daß die Militärdiktatur die reformistischen Organisationen direkt als Stütze ihrer Herrschaft benutzt. Während alle revolutionären Organisationen mit dem blutigsten Terror unterdrückt werden, existieren reformistische Gewerkschaften mit Duldung und Unterstützung der Regierung weiter. Der Führer der jugoslawischen Sozialdemokratischen Partei, Dr. Topalowic, schreibt in der Regierungspresse patriotische Artikel.

Auch Primo de Rivera, der jüngst gestürzte spanische Diktator, fand, daß von allen Parteien die Sozialdemokratische Partei sich am besten als Stütze für das faschistische Regime eignete. Jetzt, nachdem der spanische Mussolini gestürzt ist, erhält er auch von der SPD.-Presse die üblichen Eselsfußtritte. Aber als er noch an der Macht war, da erklangen in der SPD.-Presse andere Melodien. In der Abendausgabe des „Vorwärts" vom 6. Juli 1929 veröffentlicht der berüchtigte Außenpolitiker der Sozialdemokratischen Partei, Viktor Schiff, die sich durch die Anpreisung Poincarés als Friedenshelden einen Namen gemacht hat, einen begeisterten Lobartikel für die spanische Generalsdiktatur. Nach seiner Darstellung sind nur Intellektuelle, Studenten und Offiziere mit der Diktatur unzufrieden, dagegen:

> „Die Arbeiter fühlen sich durch das jetzige Regime nicht eigentlich verfolgt, sondern haben eher umgekehrt das Gefühl, daß man sie schont, ja, daß man ihnen sogar mehr entgegenkommt, als unter den Vorgängern des Direktoriums. Vor allem auf dem Gebiete der Lohn- und Sozialpolitik sind in den letzten Jahren Errungenschaften erzielt worden, die zumindest zeigen, daß Primo de Rivera auf ein gutes Verhältnis zu den Arbeiterorganisationen besonderen Wert legt. Es sind besonders die „paritätischen Komitees" geschaffen worden, durch die die Löhne, die Arbeitszeit usw. in gemeinsamen Beratungen zwischen den Vertretern der Arbeiterschaft und den Unternehmern festgesetzt worden. Die freien Gewerkschaften werden als die gegebene Vertretung der Arbeitnehmer vom Staat anerkannt, ihre Führer werden zu den internationalen Arbeitskonferenzen nach Genf delegiert."

Was kann ein Sozialdemokrat sich mehr wünschen als solche „Wirtschaftsdemokratie"!

„Von allen Formen der Diktatur in den verschiedenen europäischen Ländern" — versichert Herr Viktor Schiff — „ist die spanische sicherlich die relativ am wenigsten unsympathische."

Damit kein Mißverständnis entsteht, versichert er ausdrücklich, daß sich die spanische Diktatur im Gegensatz zur Sowjetunion durch die geringe Zahl von Gefängnisstrafen und Verbannungen auszeichnet.

Wahrhaftig „konsequente Antifaschisten"! Die grundsätzliche Gegnerschaft gegen die Diktatur, von der früher so viel gefabelt wurde, beschränkt sich lediglich auf die proletarische Diktatur. Aber man kann ohne jede Übertreibung sagen, daß es kein Land der faschistischen Diktatur gibt, in dem die Reformisten nicht den Sieg des Faschismus gefördert und nach seinem Siege die faschistische Diktatur aktiv unterstützt haben.

Korporativstaat und Wirtschaftsdemokratie

Die Entwicklung des Reformismus zum Faschismus zeigt sich nicht nur in der Praxis der direkten Unterstützung des faschistischen Terrors gegen die revolutionäre Arbeiterschaft, sondern auch in der Entwicklung der reformistischen Theorie. Was der Arbeiterschaft gegenwärtig unter dem Schlagwort „Wirtschaftsdemokratie" als Weg zum Sozialismus angepriesen wird, das ist ein „Ideal", das im weitesten Maße im faschistischen Italien verwirklicht ist.

In Italien gibt es nur staatlich zugelassene Gewerkschaften, die sogenannten Syndikate, und zwar einerseits Syndikate der Arbeiter, andererseits Syndikate der Unternehmer. Zwischen diesen beiden Arten von Syndikaten bestehen als Verbindungsorganisationen die sogenannten Korporationen, in denen neben den Arbeiter- und Unternehmervertretern Vertreter des faschistischen Staates sitzen und in denen alle Streitfragen zwischen Arbeitern und Kapitalisten „im Interesse der Wirtschaft" schiedlich-friedlich gelöst werden sollen. Streiks und Aussperrungen sind verboten. Streiks sind Verbrechen, die mit Geld und Gefängnis bestraft werden, insbesondere, wenn es sich um Arbeitsniederlegung in öffentlichen Betrieben oder um politische Streiks handelt.

Professor B e c k e r a t h schreibt in seinem Buch „Wesen und Werden des faschistischen Staates" über dieses Arbeitsrecht:

„Die Regierung schafft sich durch die staatliche Lohnfestsetzung . . . grundsätzlich die Möglichkeit, . . . in den Mechanismus der Verteilung einzugreifen und einen der beiden persönlichen Faktoren, welche am Erzeugungsvorgang beteiligt sind, zu bevorzugen. Nicht nur, daß der Unternehmer zusieht, wie die Höhe seines Gewinnes durch den Staat korrigiert werden kann, er wurde weiter durch die faschistische Entwicklung gezwungen, die Gewerkschaft als vollwertigen Kontrahenten anzuerkennen, mußte auf die Aussperrung zur Erzwingung von Lohnminderungen verzichten und seine eigenen Verbände staatlicher Kontrolle unterwerfen."

Wenn man dieses Loblied auf den faschistischen Staat liest, könnte es nicht ebenso gut einer Rede von Hilferding oder Naphtali, Leipart oder Tarnow über „Wirtschaftsdemokratie" entnommen sein?

H i l f e r d i n g hat auf dem Kieler Parteitag auseinandergesetzt, daß der gegenwärtige Kapitalismus durch die Herrschaft der Monopole bereits ein o r g a n i s i e r t e r K a p i t a l i s m u s ist, in dem sich das „s o z i a l i s t i s c h e P r i n z i p" der Planmäßigkeit durchgesetzt hat. Damit die Gesellschaft die Wirtschaft in ihrem Interesse planmäßig regeln kann, dazu braucht sie nach Hilferding d e n S t a a t. Wenn sich die Arbeiterschaft durch die Koalitionspolitik genügend Einfluß im Staate verschafft, dann regelt sie gemeinsam mit den Kapitalisten die Wirtschaft „im Interesse der Allgemeinheit". Die „Wirtschaftsdemokratie" ist verwirklicht!

Es braucht nicht lange bewiesen zu werden, daß diese Theorie ebenso dem Marxismus wie den Tatsachen Hohn spricht. Solange das kapitalistische Privateigentum besteht, solange der Profit nur auf Kosten des Arbeitslohnes und der Arbeitslohn auf Kosten des Profits erhöht werden kann, solange gibt es kein „allgemeines Interesse", kein Interesse „der Wirtschaft", oder „der Gesellschaft", sondern es gibt nur K l a s s e n i n t e r e s s e n, die einander u n v e r s ö h n l i c h gegenüberstehen. Die Wirtschaft kann entweder organisiert werden im Interesse der Kapitalistenklasse zur Steigerung der Ausbeutung und Vermehrung des Profits. Das ist die einzige Möglichkeit, solange das Privateigentum an den ausschlaggebenden Produktionsmitteln besteht. Oder sie wird organisiert im Interesse der Hebung des Wohlstandes der arbeitenden Menschen zur Befriedigung aller menschlichen Bedürfnisse. Diese sozialistische Planmäßigkeit, die einzig wirkliche Planmäßigkeit ist nur möglich, wenn die Kapitalisten enteignet sind, wenn die Arbeiterklasse über die Produktionsmittel verfügt, wie es das Beispiel der Sowjetunion zeigt.

Was gegenwärtig als „wirtschaftsdemokratische" Regelung der Produktion betrieben wird, das bekommt die Arbeiterklasse Tag für Tag als Stockprügel auf den leeren Magen zu spüren.

„Wirtschaftsdemokratie", das ist die Schlichtungsordnung, die die Streikfreiheit aufhebt, die den bürgerlichen Staatsapparat gemeinsam mit der reformistischen Bürokratie zur Niederschlagung der Arbeiterkämpfe einsetzt. „Wirtschaftsdemokratie", das ist die Vertretung und Durchführung des Finanz- und Steuerprogramms der Schwerindustrie durch sozialdemokratische Minister. „Wirtschaftsdemokratie", das ist die Entlassung von hunderttausenden Arbeitern, die Einführung des mörderischen Hetztempos in den Betrieben mit Hilfe der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie im Interesse der kapitalistischen Rationalisierung. „Wirtschaftsdemokratie", das ist die Förderung der Kapitalbildung, d. h. der Steigerung der Profite durch die Vertreter des reformistischen „Sozialismus". „Wirtschaftsdemokratie" ist mit einem Wort die Preisgabe aller Interessen der Arbeiterklasse im Interesse der kapitalistischen Wirtschaft und des kapitalistischen Staates.

D e r w i r t s c h a f t s d e m o k r a t i s c h e W e g z u m S o z i a l i s m u s, d a s i s t i n W i r k l i c h k e i t d e r W e g z u m S t a a t s k a p i t a l i s m u s u n t e r G e s c h ä f t s b e t e i l i g u n g d e r r e f o r m i s t i s c h e n B ü r o k r a t i e. Ein neues Merkmal des Staatskapitalismus in der gegenwärtigen Entwicklungsphase ist speziell die staatliche Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, d. h. die Einsetzung der Staatsgewalt gegen den Kampf der arbeitenden Massen um Lohn und Brot. Diese staatliche Regelung der Hungerlöhne und der übermäßigen Arbeitszeit findet ihren vollendeten Ausdruck im faschistischen Staat, in der unumschränkten Diktatur des Finanzkapitals.

In dem schon zitierten Artikel von P a h l in den „Sozialistischen Monatsheften" heißt es über die Rolle der faschistischen Korporationen in Italien:

„Sie spannen Arbeitgeber und Arbeitnehmer in die nationale Wirtschaftsführung ein. Dafür, daß den Arbeitnehmern die Pflicht erwächst, mit den Arbeitgebern zusammenzuarbeiten, erhalten sie das Recht unmittelbarer Anteilnahme an der Wirtschaftsführung. Der private Unternehmer ist nicht mehr allein Träger der Produktion."

Wenn wir sagen, daß der F a s c h i s m u s d i e V e r w i r k l i c h u n g d e s s o z i a l f a s c h i s t i s c h e n I d e a l s d e r W i r t s c h a f t s d e m o k r a t i e darstellt, so ist das also keine Übertreibung. Die Theoretiker des Sozialfaschismus bestätigen es.

Ein Dreigestirn des Sozialfaschismus: Zörgiebel, Grzesinski, Severing

In der Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie zum Sozialfaschismus bedeutet der 1. M a i 1929 e i n e n e n t s c h e i d e n d e n S c h r i t t. Konnte man bis dahin von sozialfaschistischen T e n d e n z e n sprechen, die sich in wachsendem Maße in der Sozialdemokratie, in den Gewerkschaften und insbesondere im Reichsbanner bemerkbar machten, so enthüllte die Geschichte dieser blutigen Maitage zum ersten Male die t i e f e s o z i a l f a s c h i s t i s c h e V e r s e u c h u n g d e r g e s a m t e n r e f o r m i s t i s c h e n O r g a n i s a t i o n e n.

Es gibt Leute, die sich Kommunisten nennen, aber das Neue in der gegenwärtigen Entwicklung der Sozialdemokratie nicht begreifen. Sie wollen den Ausdruck Sozialfaschismus nicht dulden. Sie weisen darauf hin, daß Noske noch mehr Arbeiter erschlagen hat als Zörgiebel. Das aber heißt, den wesentlichen Unterschied des damaligen und heutigen Verhaltens der Sozialdemokratie verkennen.

Als N o s k e mit seinen weißen Garden tausende Arbeiter niedermetzelte, da herrschte in Deutschland der Bürgerkrieg. Das Proletariat kämpfte mit den Waffen in der Hand für die proletarische Diktatur. Im Namen der „Demokratie", des „Sozialismus" und des „Friedens" stellten sich die E b e r t, N o s k e, S c h e i d e m a n n an

die Spitze der weißen Konterrevolution und retteten den deutschen Kapitalismus vor dem Ansturm des Proletariats.

Gegenwärtig ist die Lage wesentlich anders. Trotz allem Putschgeschrei der bürgerlichen Presse wußte jeder Mensch in Deutschland, daß die Kommunistische Partei am 1. Mai 1929 nicht plante, den Bürgerkrieg zu eröffnen, sondern nichts anderes wollte als die Durchführung der Mai-Demonstration, die seit 40 Jahren zu den heiligen Traditionen der sozialistischen Arbeiterbewegung gehört.

Der Sozialdemokrat Z ö r g i e b e l, der Polizeigewaltige von Berlin, hielt es keineswegs für nötig, den blutigen Terror in den Straßen Berlins damit zu rechtfertigen, daß er von Demokratie und Sozialismus, von der marschierenden Sozialisierung und den anderen schönen Dingen erzählte, mit denen man 1918/19 die sozialdemokratische Politik zu rechtfertigen suchte.

Am 2. Mai 1929, als bereits die von der Polizei ermordeten Arbeiter und Arbeiterfrauen auf dem Straßenpflaster lagen, verkündete Zörgiebel im demokratischen „Berliner Tageblatt":

> „Nun bin ich wirklich kein Prestigepolitiker, aber ich kann es unter keinen Umständen verantworten, daß d i e S t a a t s a u t o r i t ä t dem Druck einer kleinen Minderheit nachgibt, wenn diese nur den Mund weit genug aufreißt . . ."

Nicht im Namen des Sozialismus, nicht einmal im Namen der sogenannten „Demokratie", i m N a m e n d e r „ S t a a t s a u t o r i t ä t " verbietet ein Sozialdemokrat die Mai-Demonstration und legt 33 A r b e i t e r l e i c h e n aufs Pflaster. Kann irgendein Faschist schlimmer gegen die Arbeiterbewegung wüten?

Als N o s k e seine Massenschlächterei beendet hatte, da entschuldigte er sich auf dem sozialdemokratischen Parteitag mit dem berüchtigten Ausspruch: „ E i n e r m u ß d e r B l u t h u n d s e i n ". Die sozialdemokratische Führung suchte den Bluthund zwar nach wie vor als „Sozialisten" zu rechtfertigen, aber er war selbst für die Masse der Anhänger der SPD. gerichtet. A n d e r s b e i Z ö r g i e b e l. Er konnte sich in der Vorbereitung und in der Durchführung der Blutaktion vom ersten bis letzten Augenblick der v o l l e n U n t e r s t ü t z u n g d e r P a r t e i u n d d e r G e w e r k s c h a f t e n, soweit sie in der Hand der Reformisten sind, rühmen.

Es ist eine unbestreitbare Tatsache, daß die F ü h r e r d e s A D G B. i n B e r l i n auf Zörgiebel einwirkten nicht etwa im Sinne der Aufhebung des Demonstrationsverbotes vor dem 1. Mai, sondern im Sinne der Aufrechterhaltung. Der „Vorwärts" vom 22. April begründete beispielsweise die Notwendigkeit des Demonstrationsverbotes damit, daß es der KPD. früher gelungen sei, „öffentliche Kundgebungen der Arbeiterschaft **gegen** Reaktion und kapitalistische Ausbeutung u m z u f ä l s c h e n (!) **in** Kundgebungen gegen Gewerkschaften und Sozialdemokratie". **Weil** die revolutionären Arbeiter am 1. Mai 1928 der Mai-Demonstration **ein** revolutionäres Gepräge gegeben hatten, weil die demonstrierenden Arbeitermassen durch die Parolen, die sie propagierten, zum Ausdruck brachten, daß es keinen Kampf gegen den Kapitalismus gibt ohne den Kampf gegen den Reformismus, weil die reformistische Bürokratie fürchten mußte, daß am 1. Mai 1929 eine noch gewaltigere Massendemonstration gegen den Reformismus, gegen den Verrat der Sozialdemokratie die Straßen füllen würde, darum würde die bewaffnete Staatsgewalt zur Unterdrückung der Mai-Demonstration eingesetzt.

Als die Metzelei vorüber war, erklärte „Polizeipräsident Genosse Z ö r g i e b e l": „ I c h s t a n d m i t P a r t e i u n d G e w e r k s c h a f t e n i m m e r i n V e r b i n d u n g." Die Sozialdemokratische Partei und die reformistische Gewerkschaftsbürokratie hat so formell und öffentlich die volle Verantwortung für die Mai-Schlächterei übernommen. Z ö r g i e b e l kann nicht als ein Ausnahmefall angesehen werden, nicht als ein zum Faschisten entarteter reformistischer Bürokrat, er verkörpert d a s W e s e n, d e n T y p u s d e s s o z i a l d e m o k r a t i s c h e n F ü h r e r s, d e s s o z i a l d e m o k r a t i s c h e n F u n k t i o n ä r s i n d e r g e g e n w ä r t i g e n E p o c h e.

Ein zweites Musterexemplar des Sozialfaschismus ist der gegenwärtige preußische Innenminister G r z e s i n s k i. Er war es, der das V e r b o t d e s R o t e n F r o n t k ä m p f e r b u n d e s zuerst propagiert und durchgeführt hat. Derselbe Grzesinski war es, der in einer Reichsbannerkundgebung in Frankfurt a. M. am 29. Juni die Drohung aussprach, die deutsche Arbeiterschaft würde diejenigen, die frevelhaft den Versuch machten, ihre politischen Rechte mit Gewalt anzutasten, an die L a t e r n e n p f ä h l e aufknüpfen. Er sprach dabei allerdings von „Deutschnationalen, Nationalsozialisten, Kommunisten und wie das reaktionäre Parteigewimmel noch heißt". Aber die Praxis der von den sozialdemokratischen Ministern kommandierten Polizei und Justiz zeigt zur Genüge, daß die Gewalt dieser „Demokraten" n u r g e g e n d a s r e v o l u t i o n ä r e P r o l e t a r i a t, n i e m a l s g e g e n d i e f a s c h i s t i s c h e n M o r d b a n d e n angewandt wird. Wenn sie mit Laternenpfählen drohen, dann wollen sie eine Pogromstimmung gegen das revolutionäre Proletariat entfachen, das sie in ihrer Presse als Lumpenproletariat beschimpfen. Laternenpfähle gegen die Führer des Stahlhelm, dessen Ehrenmitglied Hindenburg ist, der Vorgesetzte der sozialdemokratischen Minister, welcher brave Sozialdemokrat würde ja an so etwas denken. Aber G u m m i k n ü p p e l, P o l i z e i k u g e l n u n d L a t e r n e n p f ä h l e g e g e n r e v o l u t i o n ä r e A r b e i t e r, d a s i s t d a s P r o g r a m m d e s S o z i a l f a s c h i s m u s!

Der dritte in diesem edlen Bunde sozialfaschistischer Häuptlinge, das ist der derzeitige Innenminister des Reiches, der „kleine Metallarbeiter" S e v e r i n g. Er war es, der nach dem Verbot des Roten Frontkämpferbundes in Preußen durch Grzesinski an die Innenminister der einzelnen Länder die dringende Anweisung gab, sofort ihrerseits mit den Verboten einzusetzen. Er ist der Mann, der das Programm der blutigen Unterdrückung der revolutionären Organisationen durchführen will.

Als am 7. Mai im Haushaltsausschuß des Reichstages über die Bluttaten Zörgiebels gesprochen wurde, erhob sich S e v e r i n g, um das Verbot des Roten Frontkämpferbundes zu rechtfertigen und neue Verbote anzukündigen. Nach dem Bericht des „Vorwärts" äußerte er:

> „Eine Auflösung der Kommunistischen Partei halte er nicht für zweckmäßig Man werde weder die kommunistischen Abgeordneten noch die kommunistische Presse noch die ganze kommunistische Bewegung an ihrer Betätigung hindern können. V e r b o t e d ü r f e m a n n u r e r l a s s e n, w e n n m a n s i e a u s f ü h r e n k ö n n e."

Die Arbeiter würden sich sehr täuschen, wenn sie aus diesen Worten herauslesen würden, daß ein Verbot der Kommunistischen Partei nicht zu erwarten ist. Es ist bekannt, daß wenige Tage vor dem RFB.-Verbot Grzesinski die Gerüchte über solche Absichten

dementierte. Die Worte Severings haben einen ganz anderen Sinn. Der Grundsatz: „Verbote dürfe man nur erlassen, wenn man sie ausführen kann", bedeutet, daß Severing das formelle Verbot erst dann erklären will, wenn er die Voraussetzungen geschaffen zu haben glaubt, um es durchführen zu können. Also darf man nach Severing die Kommunistische Partei erst dann verbieten, wenn man die kommunistischen Abgeordneten, die komunistische Presse, die ganze kommunistische Bewegung an ihrer Betätigung hindern kann. Schritt für Schritt bereiten die sozialfaschistischen Regierungsmänner, und in erster Linie Severing, die gesetzlichen Maßnahmen vor, die dazu die Handhabe bieten sollen. Republikschutzgesetz, Vereinsgesetz, Strafgesetz, das sind die neuen Gesetze, die in erster Linie diesem Zwecke dienen sollen. Die Maulkorbverordnung des sozialfaschistischen Reichstagspräsidenten Loebe war ein erster Schritt zur Knebelung der kommunistischen Abgeordneten. Die sozialfaschistischen Mussolinis werden auch nicht davor zurückschrecken, die Mandate kommunistischer Abgeordneter zu kassieren, die Immunität aufzuheben, die Wahl von Kommunisten zu unterbinden. Das neue Republikschutzgesetz sieht jetzt bereits vor, daß nicht nur jede kommunistische Zeitung verboten werden kann, die Herrn Severing und seinen Getreuen nicht gefällt, sondern selbst jedes parteilose Blatt, das irgendein Polizeispitzel als Ersatzblatt für die kommunistische Zeitung ansieht.

Die Herren Severing, Grzesinski und Zörgiebel, das sind die Typen, die die Bourgeoisie braucht, um ihre faschistische Diktatur aufzurichten.

Die Diktaturdrohungen des Magdeburger Parteitages, der Sozialfaschismus als Instrument der Kriegsvorbereitung

Auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Magdeburg, der drei Wochen nach der Mai-Schlächterei Zörgiebels zusammentrat, legte Wels sein berüchtigtes Bekenntnis zur sozialfaschistischen Diktatur ab:

> „Es ist unsere Aufgabe, die Demokratie zu sichern, die Republik zu schützen. Gelänge es aber den Feinden der Republik, der Demokratie in Deutschland so schweren Schaden zuzufügen, daß kein anderer Ausweg bliebe als die Diktatur, dann sollen Stahlhelm, Nationalsozialisten und ihre kommunistischen Brüder von Moskau wissen: Die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften als die Vertreter der großen Masse des deutschen Volkes, festgefügt in ihren Organisationen, in verantwortungsbewußtem Handeln und unzerbrechlicher Disziplin, würden auch sie zu handhaben wissen. Das Recht der Diktatur fiele ihnen zu und niemand anderem. Bei ihnen wäre allein auch die Garantie für eine Rückkehr zur Demokratie nach Ueberwindung von Schwierigkeiten, die wir nicht wünschen."

Wir haben schon darauf hingewiesen, daß die Diktatur, von der die sozialdemokratischen Führer sprechen, von ihnen selbst nicht anders gerechtfertigt wird als mit der Begründung, daß sie zur Wiederherstellung jener „Demokratie" notwendig sei, die gegenwärtig in Polizeiattacken auf demonstrierende Erwerbslose, in der Unterwerfung des Reiches und der Kommunen unter das Diktat des Reichsbankpräsidenten Schacht, des Feldwebels des Finanzkapitals, in der brutalen Durchführung des Young-Planes der internationalen Ausbeutung zum Ausdruck kommt. Aber die sozialfaschistischen Maßnahmen, die durchgeführt und angekündigt werden, dienen nicht allein dem Zweck, diese Ausbeuterrepublik gegen den Ansturm der proletarischen Massen zu schützen, die kapitalistische Knechtschaft mit brutaler Gewalt aufrechtzuerhalten und zu verschärfen, sie haben noch einen zweiten, einen außenpolitischen Zweck.

Im Mittelpunkt der Diskussion des Magdeburger Parteitages stand die Wehrfrage. Der Parteitag nahm ein Wehrprogramm an, das man mit Recht als ein Reichswehrprogramm bezeichnet hat, ein Programm, das ein Bekenntnis zur Wehrmacht der deutschen Republik enthält. Die deutsche Republik braucht nach den Richtlinien des Magdeburger Parteitages die Wehrmacht „zum Schutze ihrer Neutralität und der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Errungenschaften der Arbeiterklasse".

Gegen wen soll die Reichswehr die Errungenschaften der deutschen Arbeiter verteidigen? Der „linke" Eckstein aus Breslau stellte in der Diskussion die bescheidene Frage, warum denn die Reichswehr nicht zum Beispiel bei der Aussperrung der Arbeiter im Ruhrgebiet oder im schlesischen Textilgebiet gegen die Unternehmer eingesetzt wurde. Die SPD.-Bonzen wiesen diese Frage als Demagogie zurück. In der Tat wird sich schwerlich ein sozialdemokratischer Arbeiter finden, der bei Streiks, Aussperrungen und anderen Kämpfen, in denen die Arbeiterinteressen gegen die Unternehmer verteidigt werden müssen, an die Hilfe des Herrn Groener und seiner im Bürgerkrieg gegen die Arbeiter bewährten Truppen glaubt. Der Mann, der das berühmte Wort geprägt hat: „Ein Hundsfott, wer streikt, wenn Hindenburg ruft", wird gewiß nicht an der Spitze der Reichswehr die deutsche Bourgeoisie niederwerfen.

Wie man sich die Verteidigung der Errungenschaften der deutschen Arbeiter in Wahrheit denkt, das hat der offizielle Referent zur Wehrfrage, Dittmann, deutlich genug verraten, als er in seinem Referat erklärte:

> „Wir in Deutschland haben heute bereits zehnmal mehr an sozialistischen Errungenschaften zu verteidigen, als die russischen Proletarier in ihrem Lande."

Über den sachlichen Inhalt dieser Behauptung braucht man nicht viel zu sagen in einer Zeit, wo dem Fünfjahresplan des sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion der Fünfjahresplan des Hilferdingschen Finanzprogramms zur kapitalistischen Ausplünderung des deutschen Volkes gegenübersteht. Siebenstundentag in Rußland, Neun- und Zehnstundentag in Deutschland, 70prozentige Erhöhung des Reallohns in 4 Jahren in der Sowjetunion, ständiges Sinken des Reallohns durch Steuerdruck, Teuerung, Massenerwerbslosigkeit und kapitalistische Rationalisierung in Deutschland, Arbeiter und Arbeiterinnen als Leiter des Staates und der Wirtschaft im Interesse des herrschenden Proletariats in der Sowjetunion, Diktatur des Reichsverbandes der Industrie, seines Feldwebels Schacht und seiner Laufburschen Hermann Müller, Severing, Wissell u. Ko. in Deutschland. Da braucht man wohl nicht mehr viel darüber zu diskutieren, wo es sozialistische Errungenschaften gibt.

Aber der Kernspruch von Dittmann ist mehr als eine freche Lüge. Er ist zugleich ein Bekenntnis, das die Haltung der Sozialdemokratie im kommenden Kriege im voraus verkündet.

Der kommende Krieg wird ein Krieg der vereinigten imperialistischen Mächte unter der Patronanz des Völkerbundes gegen den Staat des Sozialismus, gegen die Sowjetunion, sein. Die deutsche Bourgeoisie, die durch den Locarno-Vertrag, durch die Zugehörigkeit zum Völkerbund, durch den Abschluß des Young-Planes, durch die finanzkapitalistische Verbindung des deutschen Kapitals mit dem amerikanischen, französischen und englischen Kapital, durch die Klassensolidarität der Ausbeuter mit dem Weltimperialismus verbündet ist, wird zweifellos an der Seite der anderen Imperialisten den Interventionskrieg gegen den Proletarierstaat unterstützen.

Die Annahme des Wehrprogramms von Magdeburg, die Rede von Dittmann beweisen, daß die Sozialdemokratie in diesem Krieg ihre ganze Kraft an der Seite des internationalen Kapitals gegen den Proletarierstaat einsetzen wird. Die Behauptung, daß in Deutschland „zehnmal mehr sozialistische Errungenschaften" zu verteidigen sind als in Rußland, soll für die Zukunft die Forderung begründen, daß das deutsche Proletariat die „sozialistische Demokratie" in Deutschland gegen die „bolschewistische Barbarei" zu verteidigen hat.

Wenn noch irgendwelche sozialdemokratischen Arbeiter geglaubt haben, die sozialdemokratischen Führer hätten etwas aus dem schmählichen Zusammenbruch der II. Internationale 1914 gelernt, dann müßten sie durch die Ereignisse des letzten Jahres eines Besseren belehrt werden. Die offenherzigen Bekenntnisse der sozialdemokratischen Führer beweisen, daß sie fest entschlossen sind, im kommenden Kriege den schändlichen Verrat von 1914 noch weit zu überbieten.

Heute noch halten es die Führer der Sozialdemokratie für notwendig, sich von dem Verdacht reinzuwaschen, als hätten sie während des ersten imperialistischen Weltkrieges für den Frieden gekämpft. Was werden sie im kommenden Weltkrieg tun? Der berüchtigte Landsberg, Volksbeauftragter in der Zeit der Ermordung Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs, hat in der Sitzung des Reichstages am 12. Juni sich zu dieser Frage offenherzig geäußert:

> „Wir stehen treu zur Landesverteidigung. Wir sind Pazifisten, wir erwarten den Sieg des Pazifismus allerdings erst von einer politischen Konstellation, die nicht mehr Deutschland das Aschenbrödel sein läßt. Auch wenn eine Familie unter sich kämpft, so muß sie bei der gemeinsamen Not zusammenhalten. Es gibt keinen in unseren Reihen, der sich von diesem Bekenntnis ausschließt."

Kann man klarer und offener die Burgfriedenspolitik für den kommenden Krieg verkünden? Wie eine große Familie werden wiederum alle bürgerlichen Parteien zusammenstehen, von Hitler bis Severing, wenn es gilt, den neuen „Erbfeind", die sozialistische Sowjetunion, zu schlagen. Wenn es gegen den Bolschewismus geht, dann ist auch heute schon die absolut einheitliche Front vom „Vorwärts" bis zum „Völkischen Beobachter" deutlich sichtbar. Wie bereitwillig war diese ganze Bande, die keinen Pfennig für Kinderspeisungen, Erhöhung der Invalidenrenten, Erwerbslosenunterstützung, Sozialrenten zur Verfügung hat, mit 6 Millionen zur Stelle, als es galt, zur Schürung der antibolschewistischen Propaganda die aus der Sowjetunion ausgewanderten frommen Dorfwucherer zu unterstützen. Der Sozialdemokrat Stücklen wurde an die Spitze des Hilfskomitees gestellt, und die ganze nationale Presse geiferte über die Rettung der braven Volksgenossen „aus den Klauen der Machthaber von Sowjet-Judäa".

Das klassenbewußte revolutionäre Proletariat weiß, wo in dem kommenden Krieg seine Stelle ist. Für die revolutionären Arbeiter gibt es keine Neutralität in einem Kriege zwischen Weltkapital und Weltproletariat. Die Verteidigung der Sowjetunion ist die Richtschnur für alle klassenbewußten Arbeiter. Darum ist die Unterdrückung des revolutionären Proletariats und seiner Organisationen eine notwendige Maßnahme zur Vorbereitung des Krieges gegen die Sowjetunion. Der Lösung dieser Aufgabe dient also auch der Kreuzzug der Sozialfaschisten gegen das revolutionäre Proletariat.

Fragen wir schließlich, warum die Sozialdemokraten noch eifriger, noch gehässiger, noch eiliger als alle anderen bürgerlichen Parteien die antibolschewistische Hetze gegen die Sowjetunion und die faschistische Unterdrückung der revolutionären Organisationen des Proletariats betreiben, so ist auch darauf leicht die Antwort zu finden. Gewiß, sozialdemokratische Regierungsmänner dürfen nur das tun, was die Kapitalgewaltigen ihnen erlauben und befehlen. Die Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion, die Unterdrückung der revolutionären Bewegung ist im Interesse des deutschen Kapitals notwendig. Aber die reformistischen Organisationen haben auch ein eigenes Lebensinteresse, das sie veranlaßt, sich als Hetzer und Organisatoren des antibolschewistischen Feldzuges zu betätigen.

Die Radikalisierung der arbeitenden Massen bedroht die Position der reformistischen Bürokratie. Das Beispiel des sozialistischen Aufbaues in der Sowjetunion fördert gewaltig den revolutionären Aufschwung in den arbeitenden Massen. Die Radikalisierung des Proletariats zeigt sich im Fortschreiten des kommunistischen Einflusses.

Die Reformisten sehen sich in ihrer Stellung innerhalb der Arbeiterbewegung und damit auch in ihren Staats- und Regierungsposten bedroht. Durch Gewaltmaßnahmen gegen die revolutionären Organisationen, durch die Niederschlagung der internationalen Kraftquelle des Proletariats, der Proletariermacht in der Sowjetunion, hoffen sie, ihre Existenz zu retten. So ist die sozialfaschistische Entwicklung des Reformismus in den allgemeinen Bedingungen des verschärften Klassenkampfes in unserer Epoche begründet.

Die Partei der Postenjäger

Wie ist es möglich, daß die Partei Bebels und Liebknechts, die Partei, die einst der Stolz der proletarischen Internationale war, bis zu Zörgiebel, Grzesinski und Severing, bis zu Barmat, Sklarek und Brolat herabsinken konnte? Niemals könnte eine wirklich proletarische Partei, in der die Arbeiter die Politik bestimmen, so entarten wie die deutsche Sozialdemokratie seit 1914.

Wir können hier nicht die ganze Geschichte der reformistischen Entartung der deutschen Sozialdemokratie schildern. Wir wollen nur

kurz auf die sozialen Wandlungen in der Zusammensetzung der SPD. hinweisen, die diese Entartung herbeigeführt haben.

Schon in der Vorkriegszeit, seit dem Auftreten Eduard Bernsteins 1899, konnte der Reformismus in der Sozialdemokratie wachsenden Anhang gewinnen, weil innerhalb der Organisationen, sowohl in der Partei, als auch in den Gewerkschaften, eine Oberschicht der Arbeiterschaft, die verhältnismäßig besser bezahlte qualifizierte Schicht, die sogenannte Arbeiteraristokratie, immer mehr das Übergewicht gewann. Dazu kam die wachsende Rücksichtnahme des Parteivorstandes auf die kleinbürgerlichen Mitläufer, die insbesondere bei den Wahlen eine große Rolle spielte. Das Überwiegen der vom Kapital korrumpierten arbeiteraristokratischen, bürokratischen und kleinbürgerlichen Elemente führte 1914 zum Bankrott der Zweiten Internationale, zum Übergang des Opportunismus zum Sozialimperialismus, den Lenin erklärte als „Sozialismus in Worten, Imperialismus in Taten".

Der Übergang der offiziellen sozialdemokratischen Parteien ins Lager des Imperialismus zwang den Teil der sozialistischen Arbeiterschaft, der dem proletarischen Internationalismus, dem revolutionären Klassenkampf treu blieb, zur Schaffung einer neuen Partei, einer neuen Internationale, der Kommunistischen Partei, der Kommunistischen Internationale.

Während sich so die besten klassenbewußten Arbeiter endgültig von den reformistischen Parteien abwandten, erhielten diese nach dem Zusammenbruch der Monarchien in Mitteleuropa neuen Zulauf aus kleinbürgerlichen Schichten. Die SPD. wurde zur Staatspartei. Sie besetzte die wichtigsten Ämter in Staat und Gemeinden, vom Reichspräsidenten und Minister bis zum letzten Nachtwächter. Es ist klar, daß sich zahlreiche korrupte, streberische Elemente aus der Intelligenz, aus den Kreisen der Beamten und Angestellten sowie aus den oberen Schichten der Arbeiterschaft nur deshalb der SPD. zuwandten und zuwenden, weil sie Tausende von Posten zu vergeben hat. Bestand schon vor dem Kriege in den Gewerkschaften, in den Genossenschaften, Krankenkassen usw. ein ausgedehnter bürokratischer Apparat, der zum großen Teil der Arbeitermasse durch eine verhältnismäßig gehobene und gesicherte Existenz entfremdet war, so kommt in der Nachkriegszeit zu dieser breiten Schicht der reformistischen Bürokratie in den Arbeiterorganisationen noch die Unzahl von Bürokraten in staatlichen Stellungen hinzu.

Die Verschmelzung der reformistischen Organisationen mit dem bürgerlichen Staatsapparat ist besonders charakteristisch gerade für die Periode der äußersten Verschärfung der Gegensätze des kapitalistischen Systems, der faschistischen Entwicklung, in die wir seit 1928 eingetreten sind. Die Theorie der „Wirtschaftsdemokratie" dient in erster Linie dem Zweck, diese Verschmelzung der reformistischen Bürokratie mit dem bürgerlichen Staatsapparat vor den Arbeitermassen als eine Errungenschaft des Proletariats zu rechtfertigen.

Die SPD. gibt ihre Mitgliederzahl mit nahezu 1 Million an. Nach den eigenen Angaben ihres Jahrbuches sind das aber keineswegs voll abgerechnete Mitglieder. Die wirkliche Mitgliederzahl dürfte nicht weit über 700 000 liegen. Nach einer Berechnung von Rudolf Feistmann in der Broschüre „Der SPD.-Apparat", die als zweites Beiheft zur Zeitschrift „Der rote Aufbau" erschienen ist, besetzt die SPD.

im Staate und in den mit der Partei verbundenen Unternehmungen und Organisationen nicht weniger als 300 000 Posten. Nach den eigenen Angaben des SPD.-Jahrbuches hatte sie z. B. schon vor den letzten Kommunalwahlen etwa 45 000 Kommunalposten inne. Es ist klar, daß durch diesen bürokratischen Apparat nicht nur diejenigen ehemaligen Arbeiter und Kleinbürger korrumpiert werden, die die Posten inne haben, sondern außerdem die nicht geringe Zahl von Postenanwärtern, die durch persönliche Verbindungen mit den hohen Herren in den Wohlfahrtsämtern, Arbeitsämtern, Verwaltungsbehörden usw. irgendwelche Vorteile für sich erwarten.

Neben den korrupten bürokratischen Elementen gewinnt außerdem das kleinbürgerliche Element in der sozialen Zusammensetzung der Sozialdemokratie wachsende Bedeutung. Nach den Angaben des SPD.-Jahrbuches 1926 (seither ist keine Statistik erschienen!), bei denen sich alle ehemaligen Arbeiter, die jetzt in irgendwelchen Posten sitzen, als Proletarier ausgeben, hatte die SPD. nicht mehr als 73 Prozent proletarischer Mitglieder. Wahrscheinlich besteht höchstens die Hälfte der Mitgliedschaft der SPD. heute noch aus Arbeitern, unteren Angestellten und Beamten, die noch in der Produktion tätig sind. Aber auch die soziale Struktur der noch im Produktionsprozeß tätigen SPD.-Mitglieder hat sich in den letzten Jahren, insbesondere auch durch die kapitalistische Rationalisierung, verschoben. Die Rationalisierung entwertet die qualifizierte Arbeitskraft, ersetzt qualifizierte Arbeiter durch Unqualifizierte, Jugendliche und Arbeiterinnen. Die qualifizierten Berufe verlieren mehr und mehr ihre privilegierte Stellung. Die Arbeiteraristokratie im Vorkriegssinne schrumpft immer mehr zusammen, je weiter sich die Krise des Kapitalismus entwickelt, je weniger die Bourgeoisie imstande ist, auch nur einem Teil des Proletariats bessere Lebensbedingungen zu gewähren.

Aber es entsteht eine neue Arbeiteraristokratie, die der Arbeitermasse noch weit mehr entfremdet ist, ihr weit feindseliger gegenübersteht als die Arbeiteraristokratie der Vorkriegszeit. Das sind die Meister, Vorarbeiter, Antreiber, Akkordschieber usw., die einen verhältnismäßig besseren Lohn dadurch erzielen, daß sie sich vom Unternehmer gegen die Belegschaft ausnutzen lassen. Hierher gehören auch jene reformistischen freigestellten Betriebsräte, die im Sinne des Betriebsrätegesetzes und der „Wirtschaftsdemokratie" ihre Aufgabe darin sehen, für den ungestörten Fortgang der Produktion, für das gute Einvernehmen der Arbeiter mit ihren Ausbeutern zu sorgen. Betriebsräte, die in diesem Sinne tätig sind, haben natürlich eine Art Lebensversicherung beim Unternehmer. In der Zeit der Massenerwerbslosigkeit gibt es einen Teil von Arbeitern, die sich durch die bloße Aussicht, im Betrieb zu bleiben, während die revolutionären Kollegen gemaßregelt werden, vom Unternehmer und der reformistischen Bürokratie korrumpieren lassen.

Diese durch und durch korrupte Arbeiteraristokratie und Arbeiterbürokratie, das ist die soziale Basis, auf die sich die Sozialdemokratie in der gegenwärtigen Zeit stützt. Dementsprechend kann die SPD. auch bei Wahlen in der Regel nur in rückständigen kleinbürgerlichen Gebieten Erfolge erzielen, während der Einfluß in den wichtigsten Industriezentren immer mehr zurückgeht. Schon nach den Maiwahlen 1928 erklärte der „linke" Sozialdemokrat Zweiling in einer Parteikonferenz der SPD. in Plauen:

„... In den Großstädten haben sich die Kommunisten ihren Hauptzuwachs geholt. Der Wahlsieg der Sozialdemokratischen Partei ist ein Sieg des flachen Landes und im Vergleich zur KPD. fast eine Niederlage der Städte zu nennen. Ein Beispiel dafür ist die Stadt Berlin. Wir haben zu verhindern, daß die Kommunisten sich in den Städten festsetzen und wir uns der Gefahr aussetzen, den Anschluß an das Industrieproletariat zu verlieren und die Entwicklung in der Richtung einer Kleinbürgerpartei zu nehmen. Wenn auch diese Gefahr noch nicht brennend ist, so zeigt doch der Wahlausfall in Preußen, daß die Partei eine wachsende Anziehungskraft auf das Kleinbürgertum und das Landvolk ausübt."

Herr Zweiling empfiehlt seiner Partei, sich wieder mehr dem Industrieproletariat zuzuwenden und es durch eine proletarische Politik zu gewinnen. Aber eine Partei von korrupten Bürokraten kann die Masse des Proletariats nicht mehr gewinnen. Hier besteht eine notwendige Wechselwirkung zwischen der bürgerlichen, sozialfaschistischen Politik und der Verschiebung der sozialen Zusammensetzung im Sinne des wachsenden Übergewichts kleinbürgerlicher Elemente. Das Übergewicht der Arbeiteraristokratie führte zur sozialimperialistischen Politik. Die sozialimperialistische Politik stieß die klassenbewußten Arbeiter von der reformistischen Partei ab. Die Partei schuf sich eine neue soziale Stütze durch die Verschmelzung mit dem bürgerlichen Staatsapparat. Die Verschmelzung mit dem bürgerlichen Staat in der Zeit seiner Wandlung zum Faschismus bedingt aber notwendigerweise den Übergang zur sozialfaschistischen Politik. Diese Politik aber ist noch weniger geeignet, klassenbewußte Arbeiter in die Partei zu bringen oder in der Partei festzuhalten, das Schwergewicht der Organisation muß sich noch weiter nach rechts zum Bürgertum verschieben. Diese dialektische Wechselwirkung zwischen der sozialen Zusammensetzung und der Politik des Reformismus führt notwendigerweise zu einer immer schlimmeren Entartung der reformistischen Organisationen. Auf ihrem Wege des Verrats gibt es keine Umkehr. Es ist die schädlichste und gefährlichste Illusion, die einen Teil der Arbeiter noch immer beherrscht, daß die SPD. in eine Partei des Klassenkampfes, in eine revolutionäre, marxistische Partei zurückverwandelt werden könnte. Diese Illusion wird besonders genährt durch die skrupellose Demagogie der „linken" Sozialdemokraten. Die „linke" Sozialdemokratie ist darum das schwerste Hemmnis für die revolutionäre Entwicklung der Arbeitermassen.

„Linker" Sozialfaschismus

Wir müssen darum die Rolle, die die sogenannten „linken" Führer der SPD., die Seydewitz, Böchel, Levi, Rosenberg, Künstler usw., spielen, einer besonderen Betrachtung unterziehen. Wir sagen, daß sie genau so Sozialfaschisten sind wie die offiziellen Führer der Partei, die Severing, Grzesinski, Zörgiebel, ja noch gefährlichere Sozialfaschisten, weil sie es besser verstehen, den Faschismus, den ihre Partei in der Praxis betreibt, als „Sozialismus" vor den Arbeitern zu verteidigen.

Die „linken" Führer der SPD. mögen in Parteiversammlungen und in der Presse mit noch so scharfen Worten gegen die offizielle

Politik ihrer Partei auftreten, sie mögen tausendmal versichern, daß sie mit all den Taten, die die SPD. als Regierungspartei zu verantworten hat, vom Panzerkreuzer bis zum Finanzprogramm Hilferdings, nichts gemein haben, sie sind und bleiben Sozialfaschisten, weil sie sich in der Praxis durch gar nichts von der Praxis der sozialfaschistischen Parteiführung unterscheiden.

Besonders bezeichnend war in dieser Hinsicht das Verhalten der „linken" Sozialdemokratie zu dem 33fachen Mord des Sozialfaschisten Zörgiebel in den Maitagen 1929. Die Propaganda für diesen Massenmord übernahmen bereitwillig die berüchtigten „linken" Phrasenhelden des Berliner Bezirksvorstandes, Künstler, Liedtke u. Ko. Der Seifenkünstler produzierte im „Vorwärts" die berüchtigte Lockspitzellüge von den 200 Toten, die die KPD. von vornherein für den 1. Mai auf das Programm gesetzt haben sollte. Der „linke" Rosenfeld gestattete sich ein paar kritische Bemerkungen über das Verbot des Roten Frontkämpferbundes, aber auch er zeterte in der Presse über die „Blutschuld" der KPD., übernahm also die Pogromlügen seiner sozialfaschistischen Genossen, mit denen alle Verbote gegen die revolutionäre Bewegung begründet werden.

Die Charakterlosigkeit dieser „linken" Helden wird besonders durch ihr Verhalten zu dem Antikommunistengesetz Severings ins rechte Licht gerückt. Als im Juli 1929 das Republikschutzgesetz gefallen war, schrieb Kurt Rosenfeld im Organ der „Linken", dem „Klassenkampf", folgendes:

> Und trotzdem fanden sich einige, und sogar führende Genossen der Reichstagsfraktion, die sich bereit erklärten, den Antrag zu stellen gewiß nur unter dem Drucke der Gefahr des völligen Außerkrafttretens des Republikschutzgesetzes — die verfassungsändernden Paragraphen aus dem Gesetz zu streichen! Um ein Haar hätte man einen von Sozialdemokraten unterschriebenen Antrag lesen müssen, der auch die Aufhebung des Kaiserparagraphen forderte!
>
> Glücklicherweise gelang es den Linken noch rechtzeitig, kurz vor der Drucklegung dieses Antrages, fünf Minuten vor 12 Uhr, die Zusammenberufung der Fraktion durchzusetzen, und in dieser Fraktionssitzung wurde gegen wenige Stimmen beschlossen, lieber das ganze Gesetz scheitern zu lassen, als unsererseits die Streichung des Kaiser-Paragraphen zu beantragen."

Ein halbes Jahr später legte Severing dem Rechtsausschuß und dem Reichstag sein neues Republikschutzgesetz vor, in dem alle jene Streichungen enthalten sind, die kurz davor von den „Linken" als unerträglich erklärt worden waren. Das Republikschutzgesetz enthält keinen Kaiser-Paragraphen" mehr, keine besondere „Strafandrohung" gegen Monarchisten und Rechtsputschisten. Es ist ein eindeutiges und klares antikommunistisches Gesetz. Aber die sozialdemokratische Fraktion, einschließlich des tapferen Rosenfeld, kämpft für dieses Gesetz.

Im „Klassenkampf" vom 1. März 1929 konnte man folgendes wertvolle Geständnis lesen:

> „Gegenüber der Behauptung, daß Sozialdemokraten in der Regierung ein sicherer Schutz gegen den Faschismus seien, muß an Hand einer Untersuchung der politischen Entwicklung in den letzten Jahren festgestellt werden, daß die faschistischen Tendenzen gerade dann besseren Boden finden, wenn Sozialisten in der Regierung sitzen."

Ein offenes Eingeständnis der sozialfaschistischen Regierungs-tätigkeit. Zwei Monate später tagte der Magdeburger Parteitag. Von allen Rednern der „Linken" sprach kein einziger grundsätzlich gegen die Koalition mit den bürgerlichen Parteien, kein einziger protestierte gegen das sozialfaschistische Verbrechen vom 1. Mai. Einmütig von rechts bis links stand die sozialfaschistische Front in allen grundsätzlichen Fragen. Was hatten die „Linken" aber zu sagen zu den unverblümten Diktaturdrohungen, die Wels bei der Eröffnung des Parteitages ausstieß? Wer glaubt, daß sich in der Sozialdemokratie jemand gefunden hätte, der gegen dieses offene Bekenntnis zum Sozialfaschismus protestierte, der irrt sich. Im Gegenteil, die linkssozialdemokratische Presse Sachsens feierte diese Rede von Wels als ein Zeichen des Kraftbewußtseins, des Machtwillens der Sozialdemokratischen Partei und der Arbeiterschaft!

Hier sehen wir die besondere Gefahr der linkssozialdemokratischen Agitation. Sie wollen der Arbeiterschaft einreden, daß die drohende faschistische Diktatur nichts anderes wäre als eine Diktatur des Proletariats und im Interesse des Proletariats, wenn sozialdemokratische Minister an dieser faschistischen Diktatur beteiligt sind.

Die Grundlage für diese linkssozialdemokratischen Theorien des Sozialfaschismus haben die bewährten Demagogen der österreichischen Sozialdemokratie, die sogenannten Austromarxisten Otto Bauer u. Ko., geliefert.

Das Programm der österreichischen Sozialdemokratie, das auf dem Linzer Parteitag 1926 angenommen wurde, enthält bereits die Grundgedanken, mit denen gegenwärtig die „linke" Sozialdemokratie den Übergang zum Sozialfaschismus zu rechtfertigen sucht. In diesem Programm heißt es:

> „Die SP. erobert durch die Entscheidung des allgemeinen Wahlrechts die Staatsmacht . . . Wenn es aber trotz allen diesen Anstrengungen der sozialdemokratischen Arbeiterschaft (d. h. den Anstrengungen, Demokratie und Republik zu verteidigen) einer Gegenrevolution der Bourgeoisie gelänge, die Demokratie zu sprengen, dann könnte die Arbeiterklasse die Staatsmacht nur noch im Bürgerkrieg erobern."
>
> „Die sozialdemokratische Arbeiterpartei wird die Staatsmacht in der Form der Demokratie und unter allen Bürgschaften der Demokratie ausüben . . .
>
> Wenn sich aber die Bourgeoisie gegen die gesellschaftliche Umwälzung widersetzen sollte, dann wäre die Arbeiterklasse gezwungen, den Widerstand der Bourgeoisie mit den Mitteln der Diktatur zu brechen."

Hier scheint es also so, als ob die österreichische Sozialdemokratie zum Bürgerkrieg gegen die Bourgeoisie und zur Errichtung der proletarischen Diktatur bereit wäre. Aber man muß diese diplomatischen Formeln richtig enträtseln. Gewalt, Bürgerkrieg, Diktatur wird der Arbeiterklasse nur unter einer Bedingung gestattet, nämlich, wenn die Demokratie, die Republik bedroht ist. Welche Demokratie, welche Republik? Selbstverständlich die bürgerliche Demokratie, die bürgerliche Republik. Denn im Linzer Programm, als einem reformistischen Programm, ist nicht von der Zerstörung des bürgerlichen Staates die Rede, sondern vom Ausbau der Republik, nicht von der Bewaffnung des Proletariats und der Schaffung einer Roten Armee, sondern von der Erfüllung der bürgerlichen Wehrmacht mit republikanischem Geist. Nicht von der Bildung von Arbeiterräten als Grundlage **der proletarischen Diktatur,** sondern von der Ausübung der

Staatsgewalt mit Hilfe des Parlaments und der bürgerlichen Demokratie.

Eine Diktatur, die ausgeübt wird zur Verteidigung des bürgerlichen Staates, sei es auch unter dem Deckmantel der „Verteidigung der Demokratie", das kann in der gegenwärtigen Periode nichts anderes sein als eine faschistische Diktatur der Bourgeoisie.

Die SP. Österreichs hat durch ihre Praxis die Probe aufs Exempel geliefert. Sie hat der Verfassungsänderung zugestimmt, die einen entscheidenden Schritt zum Faschismus bedeutet. Sie tat das mit der Begründung, daß dadurch der Bürgerkrieg, der Heimwehrputsch vermieden werden sollte. Sie unterstützt also den Übergang zur faschistischen Diktatur mit Hilfe der Regierung des Arbeitermörders Schober, damit sich dieser Übergang auf „verfassungsmäßigem", „legalem", „demokratischem" Wege vollzieht.

Die Drohungen mit Diktatur und Bürgerkrieg erweisen sich somit als Drohungen gegen das revolutionäre Proletariat, das nur im Kampfe gegen die bürgerliche Demokratie, gegen die bürgerliche Republik, gegen Verfassung und Gesetzlichkeit des bürgerlichen Staates die faschistische Diktatur verhindern, die proletarische Diktatur erkämpfen kann.

Es soll in diesem Zusammenhang auch nicht mit Schweigen übergangen werden, daß die ehemaligen Kommunisten und derzeitigen „linken" Sozialdemokraten der Brandler-Gruppe auch auf diesem Gebiete völlig mit der Sozialdemokratie übereinstimmen. Sie wollen vom „Sozialfaschismus" nichts wissen, sie können sich nicht genug über dieses „Schlagwort" entrüsten und sie merken dabei gar nicht, wie sie selbst schon mit Haut und Haar dem Sozialfaschismus verfallen sind. Auch sie haben am 1. Mai und am 1. August 1929 sowie während der Kämpfe in Österreich und bei den Demonstrationen am 1. Februar 1930 durch ein wildes Putschgeschrei den faschistischen Terror gegen das revolutionäre Proletariat unterstützt. Sie suchen die Arbeiterschaft über den faschistischen Charakter der drohenden sozialdemokatischen Diktatur zu täuschen. So schreiben sie in ihrem Denunziations- und Verleumdungsorgan „Gegen den Strom" in Nr. 27 vom 6. Juli 1929 unter dem Titel „Sozialdemokratische Diktatur?":

> „Gegen den Faschismus kann nur aufkommen die gesamte geschlossene Arbeiterklasse . . . Dazu bedarf es organisatorischer Formen, die über alle politischen und gewerkschaftlichen Spaltungen . . . übergreifen . . . Dafür ist das Reichsbanner zu eng (!) und sind die Gewerkschaften zu eng (!), die beide parteimäßig gestempelt sind."

Was haben Thalheimer, Brandler, Walcher u. Ko. gegen eine Diktatur einzuwenden, die von den Severing, Grzesinski, Hörsing u. Ko. ausgeübt wird? Keineswegs, daß eine solche Diktatur nichts anderes wäre als eine Diktatur des Finanzkapitals gegen das Proletariat, eine faschistische Diktatur. Ihre Bedenken erschöpfen sich darin, daß Reichsbanner und Gewerkschaften „zu eng" (!) sind als Basis einer solchen Diktatur. Ist das Reichsbanner etwa deshalb „zu eng", weil es neben Sozialdemokraten nur Demokraten und Zentrumsanhänger enthält? Offenbar wollen die Brandlerianer eine solche „Einheitsfront", bei der sie auch mit bei dem Geschäft sind, wenn in **Deutschland wieder einmal „sozialistische Regierung" auf dem Boden**

des bürgerlichen Staates gespielt wird. Die ganze Argumentation der Brandlerianer läuft — ebenso wie die Redensarten des ehemaligen Revolutionärs und jetzigen Lieblings der Konterrevolution, Trotzki — darauf hinaus, einen prinzipiellen Gegensatz zwischen Faschismus und Reformismus zu konstruieren und die Arbeiter durch die Perspektive eines Kampfes der Sozialfaschisten gegen den Faschismus vom Kampfe gegen den Faschismus in seiner gegenwärtig gefährlichsten, der sozialdemokratischen Form abzuhalten.

Sozialfaschismus und Nationalfaschismus

Die Versuche der „linken" Sozialdemokraten, die Arbeitermassen über den wahren Charakter des Sozialfaschismus zu täuschen, finden deshalb noch einen gewissen Boden, weil scheinbar ein großer Gegensatz zwischen den reformistischen und jenen Organisationen besteht, die sich mehr oder weniger offen zum Faschismus bekennen. Reichsbanner auf der einen, Stahlhelm und Nazis auf der anderen Seite geraten oft in heftige Auseinandersetzungen, bei denen sogar schon einige Todesopfer auf seiten des Reichsbanners zu beklagen waren. Die Nationalfaschisten, die unter der Führung Hugenbergs sich zum Volksentscheid zusammengeschlossen haben, entfalten eine wilde Landesverratshetze, die sich in erster Linie gegen die sozialdemokratischen Staatsmänner richtet. Andererseits wurde der Stahlhelm im Rheinland, der Wehrwolf in Niedersachsen von sozialdemokratischen Regierungsmännern verboten.

Wie kann man also von einer faschistischen Entwicklung der Sozialdemokratie sprechen, wenn sozialdemokratische Führer und sozialdemokratische Organisationen in solcher Weise den Kampf gegen den Faschismus führen? Diese Frage wird den klassenbewußten Arbeitern nicht selten von sozialdemokratischen Arbeitern gestellt, die die wirklichen Hintergründe nicht durchschauen und sich von dem Getöse eines Scheinkampfes über die wirkliche Einigkeit der entscheidenden Männer in beiden Lagern täuschen lassen.

Zunächst muß man feststellen, daß die Maßnahmen sozialdemokratischer Regierungsmänner einen ganz anderen Charakter haben, wenn es sich um revolutionäre Arbeiter und wenn es sich um Faschisten handelt. Der Rote Frontkämpferbund ist für das ganze Reich verboten worden, die Mitglieder der Organisation, die selbstverständlich nicht aufhören, für die Ziele der verbotenen Organisation zu arbeiten, werden von Polizei und Justiz mit aller Brutalität verfolgt. Die Severing, Grzesinski u. Ko. konnten nicht das geringste wirkliche Beweismaterial erbringen, das den Charakter des RFB. als militärische Organisation erwiesen hätte. Trotzdem mußte die entsprechende Bestimmung des Versailler Vertrages zur Begründung des Verbots dienen.

Es ist allgemein bekannt, daß Stahlhelm, Wehrwolf, Jungdo, Nazis usw. militärisch organisierte, bewaffnete und zum großen Teil von Offizieren geführte Kampforganisationen sind, nicht nur in einzelnen Teilen des Reiches, sondern überall, wo sie existieren. Trotzdem wagt kein sozialdemokratischer Regierungsmann, diese Organisationen allgemein zu verbieten. In Thüringen hat sogar der nationalsozialistische Putschist Frick das Innenministerium besetzt, während Kommunisten nicht einmal als Bürgermeister oder Magistratsbeamte nach dem neuesten Grzesinski-Erlaß bestätigt werden dürfen. Wie könnten auch sozialdemokratische Regierungsmänner beispielsweise den Stahlhelm unterdrücken, wo sie in einer Koalition mit der deutschen Volkspartei sitzen, die in freundschaftlicher Verbindung mit dem Stahlhelm steht? Wie könnten sie es, wo sie von der Gnade des „überparteilichen" Hindenburg abhängen, der noch immer Ehrenmitglied beim Stahlhelm ist? Und wo ausnahmsweise für kleine Teilorganisationen Verbote erlassen werden, um nach außen die Überparteilichkeit der sozialfaschistischen Regierungsmänner vorzutäuschen, da werden sie nicht durchgeführt, sondern bleiben auf dem Papier. Während gegen den RFB. Polizei- und Justizmaßnahmen alltäglich sind, hat man bei den verbotenen faschistischen Organisationen nichts dergleichen unternommen.

Schließlich braucht man nur die Tätigkeit der Polizei und Justiz bei einem beliebigen Konflikt zwischen revolutionären Arbeitern und Faschisten zu beobachten, um die wahre Rolle der sozialfaschistischen Regierungsmänner und ihres Regierungsapparates zu begreifen. Demonstrierende Arbeiter werden mit der brutalsten Gewalt niedergeknüppelt, nicht nur mit dem Gummiknüppel, sondern mit Karabinern und Revolvern von der „sozialdemokratischen" Polizei angegriffen. Wenn die Faschisten demonstrieren, dann erscheint die Polizei auch, aber nicht, um die Demonstranten zu provozieren und zu schikanieren wie bei proletarischen Demonstrationen, sondern um die ganze Staatsgewalt zum Schutze der Faschisten gegen die revolutionäre Arbeiterschaft einzusetzen.

Trotzdem aber bestehen gewisse Gegensätze zwischen dem Sozialfaschismus auf der einen und den anderen faschistischen Organisationen, die wir unter dem Namen Nationalfaschismus zusammenfassen, auf der anderen Seite. Aber diese Gegensätze sind nicht wesentlich größer und haben keine andere prinzipielle Bedeutung als die Gegensätze, die auch sonst zwischen verschiedenen bürgerlichen Parteien und zwischen verschiedenen faschistischen Organisationen bestehen. Es sind keine grundsätzlichen Gegensätze, keine Gegensätze, die auf dem unversöhnlichen Gegensatz der Klassen beruhen, sondern es sind Gegensätze zwischen Konkurrenten, die um den Einfluß im Staat, um die Futterkrippe, um die Vertrauensstelle bei ihrem Herrn, der Bourgeoisie, ringen.

Sozialfaschismus und Nationalfaschismus, das sind zwei reaktionäre Hilfstruppen, die die Bourgeoisie gegen das revolutionäre Proletariat einsetzt. Sie müssen in den Grundfragen miteinander übereinstimmen, weil sie eben beide nur durchführende Organe der Bourgeoisie, des Finanzkapitals, sind.

Wir haben schon auf diese Übereinstimmung hingewiesen, die sich besonders in den Fragen der imperialistischen antibolschewistischen Außenpolitik zeigt. Wenn es gegen die Sowjetunion geht, kann man zwischen der Schreibweise des „Vorwärts" und der des „Völkischen Beobachters" keinen wesentlichen Unterschied finden, und das schöne Wort des Sozialfaschisten Landsberg, in der Zeit der Not würden alle Parteien zusammenstehen wie eine Familie, kündigt jetzt schon an, wie sich in kritischen Zeiten alle Kettenhunde der Bourgeoisie zur gemeinsamen Hetzjagd gegen das revolutionäre Proletariat zusammenfinden werden.

Für die Bourgeoisie ist es lediglich eine *Zweckmäßigkeitsfrage*, ob sie mehr die Sozialfaschisten oder die Nationalfaschisten zu den verantwortlichen Regierungsposten heranzieht. In der gegenwärtigen Periode, wo die Sozialdemokratie durch ihre Regierungspolitik immer mehr ihren Anhang in den Arbeitermassen verliert, immer weniger imstande ist, die unter kommunistischer Führung vorwärts drängenden Arbeitermassen niederzuhalten, wächst für die Bourgeoisie der Wert ihrer nationalfaschistischen Sturmtruppen. Es ist sehr wohl möglich, daß die Bourgeoisie, wenn sie mit Hilfe der Sozialfaschisten die Durchführung des Young-Planes und des Finanzprogramms der Schwerindustrie gesichert zu haben glaubt, den sozialfaschistischen Ministern den verdienten Fußtritt gibt. Vom Standpunkte der Bourgeoisie ist es nur zweckmäßig, wenn man der Sozialdemokratie die Möglichkeit gibt, zeitweilig durch parlamentarische Scheinoppostionen ihre Stellung bei den Arbeitermassen zu verbessern. Die Arbeiter müssen sich von vornherein darüber klar sein, daß sich *an der reaktionären faschistischen Rolle der SPD. auch dann nichts ändern würde, wenn sie wieder gegenüber einer Bürgerblockregierung im Parlament Opposition spielen* könnte, wie sie das gegenwärtig in einigen Landesparlamenten tut. Sie würde auch dann tausend verschiedene Posten und Pöstchen im bürgerlichen Staat besetzen und mit nicht geringerer Brutalität die revolutionäre Opposition in den Betrieben und Massenorganisationen niederzuknüppeln suchen.

Das klassenbewußte Proletariat steht mit der gleichen unversöhnlichen Feindschaft den Sozialfaschisten wie den Nationalfaschisten gegenüber. Es sind die gleichen Brüder, wenn auch die Kappen verschieden sind. Ob *Severing* oder *Hitler* den Mussolini spielt, in jedem Fall führen sie das Diktat der Bourgeoisie gegen die Arbeiterklasse durch.

Der Sozialfaschismus in Betrieb und Gewerkschaft und die sozialdemokratischen Arbeiter

Die sozialfaschistische Entartung beschränkt sich keineswegs auf die obersten Spitzen der reformistischen Organisationen, sie hat bereits auch den *unteren Funktionärapparat* im Betrieb und in den Massenorganisationen erfaßt. Eine Funktionärkonferenz in Berlin hat beispielsweise gegen ganz wenige Stimmen das Wüten der Zörgiebel-Garde am 1. Mai gutgeheißen und einen Redner, der etwas Kritik zu üben wagte, niedergebrüllt. Nicht nur der korrupte *Brolat* mit seinen 72 000 Mark Jahreseinkommen betätigte sich in der Maßregelung kommunistischer Betriebsräte wegen der Teilnahme an der 1.-Mai-Demonstration. Die Maßregelung kommunistischer Funktionäre im Betrieb auf Grund von Denunziationen sozialdemokratischer Betriebsfunktionäre ist bereits zu einer alltäglichen Erscheinung geworden.

Beim Streik der *Rohrleger* in Berlin zeigte sich das sozialfaschistische Wesen des Reformismus nicht allein darin, daß der Vorstand des DMV. Streikbrecher aus dem ganzen Reiche vermittelte, sondern auch darin, daß sich nicht wenige reformistische Arbeiter fanden, die neben den durch den nationalen Arbeitsnachweis vermittelten Faschisten eine *Streikbrecherrolle* spielten.

In einer Reihe von Fällen, wo die revolutionäre Opposition in den Gewerkschaften die Mehrheit gewonnen und die Ortsleitungen besetzt hatte, hat die Verbandsbürokratie diese ordnungsgemäß gewählten *Leitungen* nicht nur ausgeschlossen, sondern *mit Polizeigewalt* aus den Räumen des Verbandes entfernen lassen, wo sie gemäß dem Willen der Mitglieder amtierten. In solchen Fällen der Spaltung der Massenorganisationen mit Hilfe der bürgerlichen Staatsgewalt fand sich immer ein Teil reformistischer Funktionäre und Arbeiter, die diese schändliche Verletzung der proletarischen Demokratie billigten und unterstützten.

Ist also die sozialfaschistische Entartung keineswegs auf einzelne Führer der reformistischen Organisationen beschränkt, so darf man doch andererseits *nicht die gesamte Masse der sozialdemokratischen Arbeiter und der Anhänger der Sozialdemokratie zu der korrupten sozialfaschistischen Arbeiteraristokratie rechnen.*

Es gibt erstens noch einen großen Teil älterer Arbeiter, die seit Jahrzehnten mit der Sozialdemokratie verbunden sind und immer noch, hauptsächlich unter dem Einfluß der Demagogie der „Linken", an der Illusion festhalten, daß die Sozialdemokratie noch zu einer Klassenkampfpartei werden könnte. Diese Klassengenossen sind in doppelter Hinsicht im Irrtum befangen, insofern, als sie die Notwendigkeit der weiteren reaktionären Entwicklung der SPD. verkennen, aber auch insofern, als sie glauben, daß eine Partei nach dem Muster der besten Parteien der II. Internationale der Vorkriegszeit in der gegenwärtigen Epoche die Aufgaben einer proletarischen Partei lösen könnte. Hier gibt es kein Zurück. Wir sind in das Zeitalter des Zusammenbruchs des Kapitalismus, in das Zeitalter der proletarischen Weltrevolution eingetreten. Ein neuer Typus der proletarischen Partei, der Typus einer straff zentralisierten, streng disziplinierten revolutionären Vorhut des Proletariats, die imstande ist, die Arbeitermassen im Bürgerkrieg zum Siege zu führen, ist nach dem Vorbild der bolschewistischen Partei geschaffen worden. *Nicht zurück zur Partei Bebels, sondern vorwärts zur Partei Lenins*, das ist der einzige Weg für die Arbeiter, die den Grundsätzen von *Marx* und *Engels* treu bleiben wollen.

Neben den älteren Arbeitern, die aus Gründen traditioneller Anhänglichkeit noch der SPD. folgen, obwohl sie mit ihrer gegenwärtigen Politik nicht einverstanden sind, gibt es noch eine große Masse neu gewonnener Anhänger der SPD., besonders in zurückgebliebenen ländlichen und kleinbürgerlichen Bezirken, wo die KPD. noch organisatorisch schwach ist und mit ihrer Agitation und Propaganda noch nicht genügend an die Arbeitermassen herangekommen ist. Es ist klar, daß beispielsweise tausende Landarbeiter, die früher unter dem Terror der Großagrarier deutschnational wählten und von der Sozialdemokratie zum erstenmal durch irgendeine „radikale" Wahlrede erfaßt werden, häufig für diese Partei stimmen, ohne das Geringste über den abgrundtiefen Gegensatz zwischen der Sozialdemokratie und dem Sozialismus zu ahnen.

Die Feinde des Kommunismus, vor allem die Abtrünnigen, die Renegaten, die in der Zeit verschärfter Kämpfe und Unterdrückung unsere Partei verlassen haben, suchen unsere Auffassung vom Sozialfaschismus dadurch zu diskreditieren, daß sie diese Theorie als eine Beschimpfung aller sozialdemokratischen Arbeiter darstellen. Sie be-

haupten, die Kommunisten wollten sich überhaupt nicht mehr mit sozialdemokratischen Arbeitern sachlich, politisch auseinandersetzen, sondern ihnen gegenüber wie gegen die Faschisten nur noch das Argument der Faust gelten lassen. Das ist eine völlige Verdrehung der Tatsachen. Die Sozialfaschisten haben selbst das größte Interesse daran, sachliche Auseinandersetzungen innerhalb der Arbeiterschaft zu vermeiden, um eine Atmosphäre der Verhetzung zu erzeugen, die sozialdemokratischen Arbeiter für die Argumente der Kommunisten unzugänglich zu machen. Daher neuerdings wieder die verschärfte antibolschewistische Greuel- und Pogrom-Propaganda.

Selbstverständlich werden sich die revolutionären Arbeiter dort, wo ihnen die reaktionäre Gewalt entgegentritt, mit Gewalt wehren, gleichgültig ob es sich um die faschistischen Banden der Nazi, des Stahlhelms oder um die sozialfaschistischen Rollkommandos des Reichsbanners handelt. Aber die Kommunisten suchen jede Gelegenheit, um sich mit den sozialdemokratischen Klassengenossen, soweit es eben nicht korrupte Arbeiteraristokraten sind, sachlich, kameradschaftlich auseinanderzusetzen.

Um die sozialdemokratischen Arbeiter für die aktive Teilnahme am Klassenkampf zu gewinnen, darf jedoch keineswegs der Kampf gegen den Sozialfaschismus abgeschwächt werden. Es ist der verhängnisvollste Irrtum, wenn man glaubt, die Einheit innerhalb der Arbeiterschaft dadurch herstellen zu können, daß man die schlimmsten Feinde der Arbeiterklasse sanft und vorsichtig anfaßt, nicht offen und entschieden gegen sie auftritt. Die Einheitsfront des proletarischen Klassenkampfes kann man nicht herstellen gemeinsam mit faschistischen Agenten der Bourgeoisie, sondern nur in offenem, schärfstem Kampf sowohl gegen die faschistischen, als auch gegen die sozialfaschistischen Agenten des Kapitals.

Die Kommunisten sind nach wie vor die konsequentesten Kämpfer für die proletarische Einheitsfront. Die proletarische Einheitsfront aber ist eine Einheitsfront des Klassenkampfes, nicht die Einigung des Proletariats mit seinen Klassenfeinden. Ob es sich um Parlamentswahlen, Gewerkschafts- oder Betriebsrätewahlen handelt oder um die Organisierung wirtschaftlicher und politischer Kämpfe, in jedem Fall treten die Kommunisten mit klaren, proletarischen Kampfparolen nicht nur der Bourgeoisie, sondern auch ihren sozialfaschistischen Agenten entgegen. Die Kommunisten setzen alles daran, um die Arbeiterklasse in den Betrieben und Stempelstellen zum einheitlichen Kampf zusammenzuschließen. Im Kampfe sind uns sozialdemokratische Klassengenossen genau so willkommen, wie christliche oder unorganisierte Arbeiter. Nicht das Mitgliedsbuch entscheidet, sondern die Kampfbereitschaft und die proletarische Klassensolidarität.

Die Erfahrung zahlreicher Kämpfe, von Streiks in einzelnen Abteilungen angefangen bis zu den großen revolutionären Kämpfen, die Deutschland vor zehn Jahren erschütterten, beweisen, daß nur im Kampf die Einheitsfront der klassenbewußten Arbeiter geschaffen werden kann, daß nur durch den Kampf sich die Scheidung der proletarischen Klassenkämpfer von den bürgerlichen Agenten innerhalb der Arbeiterbewegung vollzieht. Christliche und sozialdemokratische Arbeiter haben Schulter an Schulter mit Kommunisten und Syndikalisten in der Roten Armee des Ruhrgebiets bei der Abwehr des Kapp-Putsches ihr Leben eingesetzt. Bei den Streikkämpfen des letzten Jahres, die fast durchweg mit den größten Opfern nicht nur gegen den Unternehmer, sondern gegen den Dreibund: Staat, Unternehmer, Gewerkschaftsbürokratie geführt wurden, haben gleichfalls Arbeiter der verschiedensten Organisationen gemeinsam mit der großen Masse der Unorganisierten zusammengestanden.

Der Verrat wurde in die proletarische Klassenfront hineingetragen nicht durch die Unzuverlässigkeit unorganisierter Arbeiter, wie die Reformisten behaupten, sondern durch die Streikbruchorganisationen der sozialfaschistischen Bürokratie und der faschistischen Arbeitsnachweise.

Wir sahen, daß die Grundlage der reformistischen Entartung innerhalb der Arbeiterbewegung die Entstehung einer verhältnismäßig gehobenen Schicht in der Arbeiterschaft, die Arbeiteraristokratie ist. Diese Schicht ist auch heute noch eine der Hauptstützen der sozialfaschistischen Gewerkschaftsbürokratie. Die sozialfaschistischen Führer orientieren sich bewußt auf diese Schicht. Darum vernachlässigen die reformistischen Gewerkschaften die Organisierung der unqualifizierten und jugendlichen Arbeiter sowie der Arbeiterinnen. Darum lehnt die Gewerkschaftsbürokratie die Vertretung der Interessen der Erwerbslosen ab. Die besten revolutionären Arbeiter, die den Standpunkt des revolutionären Klassenkampfes konsequent vertreten, werden aus den Gewerkschaften hinausgeworfen. Mit solchen Methoden wollen die Reformisten die Gewerkschaften nach dem amerikanischen Muster zu reinen Organisationen der Arbeiteraristokratie und zugleich nach dem Vorbild des Faschismus zu Organen des kapitalistischen Staates machen.

Um diese Bestrebungen zur Spaltung der Arbeiterschaft zu durchkreuzen, müssen die klassenbewußten Arbeiter ihre Aufgabe als Führer der Masse der Ausgebeuteten und Unterdrückten verstehen. Sie dürfen sich weder durch die reaktionären Gewerkschaftsstatuten knebeln lassen, noch dem Kampf gegen den Sozialfaschismus innerhalb der Gewerkschaften ausweichen. Sie müssen alle Anstrengungen machen, um gerade die am meisten ausgebeuteten Schichten in die Front des proletarischen Klassenkampfes einzubeziehen. Gegen die korrupte Arbeiteraristokratie und Bürokratie appellieren wir gerade an die untersten Schichten des Proletariats, die am meisten unter der kapitalistischen Ausbeutung leiden, an die Arbeiterinnen, Jungarbeiter, an die Erwerbslosen usw. Die Kommunisten führen einen zähen Kampf um jede Position in den Gewerkschaften, um sie im Interesse der arbeitenden Massen gegen die sozialfaschistische Bürokratie auszunutzen.

Die Tatsachen jedes Tages beweisen die wachsende ungeheure Verelendung der werktätigen Massen. Die Erwerbslosenzahl hat bereits die dritte Million überschritten. Die Preise gehen infolge der neuen Zölle, Steuern und Tariferhöhungen sprunghaft in die Höhe, während die Löhne durch die langfristigen Tarifverträge und die Schlichtungs-Guillotine niedergehalten werden. Die faschistischen Verbände und die sozialfaschistischen Regierungsmänner rüsten vereint zur Niederschlagung des Proletariats. In der ganzen Welt wird mit

fieberhafter Eile der internationale antibolschewistische Kreuzzug gegen das Land des sozialistischen Aufbaus, gegen die Sowjetunion vorbereitet. Die Sozialfaschisten stehen in der vordersten Front der internationalen Kriegshetzer.

Zugleich aber erhebt sich in allen Ländern eine neue Welle gewaltiger revolutionärer Massenkämpfe. Nicht nur in den kapitalistischen Ländern Europas, sondern auch in dem Lande, das bis vor kurzem von den Reformisten als ein Arbeiterparadies gepriesen wurde, in den Vereinigten Staaten von Amerika kündet sich der Anbruch einer gewaltigen Wirtschaftskrise und einer gewaltigen Verschärfung der Klassenkämpfe an. In Indien, China, Ägypten, Vorderasien erheben sich die ausgebeuteten Massen der Kolonialsklaven zum Kampfe gegen den Imperialismus. Auch hier sind es die sozialfaschistischen Regierungsmänner, die Macdonald, Henderson, Snowden, die an der Spitze des britischen Imperiums für die Bourgeoisie Henkersdienste an der revolutionären Bewegung verrichten.

Jeder klassenbewußte Arbeiter muß begreifen, daß durch den heranreifenden Weltkrieg zwischen Kapital und Arbeit die Frage unausweichlich gestellt ist: Faschistische Diktatur der Bourgeoisie oder revolutionäre Diktatur des Proletariats. Der Reformismus steht auf der anderen Seite der Barrikade. Er hat sich zum Sozialfaschismus entwickelt, zu einem Hilfsinstrument der Bourgeoisie bei der Aufrichtung der faschistischen Diktatur.

Die bürgerliche Demokratie ist bankrott. Wie erfrorene Posthorntöne erklingen in den Artikeln der sozialdemokratischen Presse hie und da noch demokratische Phrasen. Sie stehen im schreienden Kontrast zu den offenen Diktaturandrohungen der sozialdemokratischen Regierungsmänner Severing, Grzesinski u. Ko. Gleichgültig, ob sich die Bourgeoisie noch längere oder kürzere Zeit der sozialfaschistischen Henkersknechte in der Regierung bedient: die Tage der bürgerlichen Demokratie sind gezählt.

Der Klassenkampf, den die Arbeiterschaft Tag für Tag zur Verteidigung ihrer nackten Existenz führen muß, richtet sich heute schon gegen den Sozialfaschismus. Der Kampf um höhere Löhne, um kürzere Arbeitszeit, um Abwehr der Massenentlassungen, um Arbeit und Brot für die Erwerbslosen stößt auf den erbitterten Widerstand der sozialfaschistischen Bürokratie in den Betrieben, Gewerkschaften, Kommunal- und Regierungsämtern.

Wo die Arbeiterklasse sich zum Kampf erhebt, lernt sie den Sozialfaschismus in der Praxis kennen. Die Fratze des Zörgiebel, des 33fachen Arbeitermörders vom 1. Mai 1929, das ist das Gesicht der internationalen Sozialdemokratie in der gegenwärtigen Periode.

Die Waffe der Kritik hat schon längst die Phrasen zerfetzt, mit denen der Sozialfaschismus seine faschistische Praxis verschleiert. Der Tag ist nicht mehr fern, wo die Kritik der Waffen mit der Bourgeoisie auch den Sozialfaschismus auf den Misthaufen der Geschichte fegen wird.

Verantwortlich für den Inhalt: P. Merker, Berlin. Herausgegeben vom Internationalen Arbeiter-Verlag, Berlin C 25. Druck: Produktiv Buchdruckerei, GmbH., Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14